

# »Rechte« Kommunisten der vorstalinistischen KPD?

## Überblicke zu Geschichte, Perspektiven und Desiderata

---

*Leonie Eva Konietzko*

»Nur die Diktatur des Proletariats wird der Diktatur der deutschen Bourgeoisie ein Ende machen. Den Kampf um die Diktatur des Proletariats vorzubereiten und zu organisieren – das ist die Aufgabe der Kommunistischen Partei.«<sup>1</sup>

»Das Aktionsprogramm der KPD (1924)«, Beschluss des Frankfurter Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands 1924

Vor allem durch neu zugängliche Quellen, aber auch frische sozialhistorische Konzepte und Thesen, hat sich die Forschung zu den Kommunisten in den letzten Jahren von der Gegnerforschung entfernt. Die Anzahl der Publikationen und Beiträge zu den Weimarer Kommunisten ist auf eine solche Menge angewachsen, dass sie den Veröffentlichungen zum Nationalsozialismus inzwischen auf den Fersen ist. Zentral sind hier neben der biografischen Forschung auch Fragen nach Milieus, Exil- und Widerstandserfahrungen sowie demokratie- und ideengeschichtliche Ansätze. Hinzu kommen eine große, erfreuliche Menge an Lokal- und Regionalstudien. Wenig beachtet aber werden die sogenannten »rechten Kommunisten« und ihre Vorstellungen eines deutschen Kommunismus und einer deutschen Arbeiterregierung.

Die KPD und ihre Flügel durchlebten einen »dreizehnjährigen Krisenzyklus«,<sup>2</sup> der durch häufige Wechsel des Parteipersonals und der Vorsitzenden

---

1 Zitiert nach: Der Deutsche Kommunismus – Dokumente 1915–1945, Köln 1973. Herausgegeben von Hermann Weber, S. 86–87.

2 Der Kenner des deutschen Kommunismus Hermann Weber beschrieb bereits 1961 die rapiden und radikalen innerparteilichen Umwälzungen und Kurswechsel, der die KPD

geprägt war. Diese Fluktuationen waren *grosso modo* durch die beiden äußeren Parteiflügel geprägt, die sich in ihrer Vormachtstellung in der Partei mehr oder minder abwechselten. Sie verhandelten die Gewichtung von Reformismus in der Vorbereitung und Durchführung der Revolution, für die es die Arbeiterschaft vorzubereiten, auszurüsten und zu agitieren galt. Der linke oder der rechte Flügel hatten dabei – bis zur Stalinisierung 1924 – immer so lange die Parteiführung inne, wie ihr Kurs für die Anhänger:innen realistisch und erfolgsversprechend schien.

Bei den Bezeichnungen des »linken« und »rechten« Flügels und respektive der – mitunter zeitgenössisch auch als Schmähbegriffe verwendeten – »Linken« und »Rechten«, handelt es sich dabei um übernommene historische Selbstbezeichnungen. Diese sind nicht ganz unproblematisch, da sie Polemiken und diffamierende Zuschreibungen der Zeitgenossen reproduzieren, andererseits durch den Bestand der Flügelkämpfe vor der Stalinisierung, ihrer historischen Bedeutung und auch unvermeidbar werden. Zudem unterlagen die Begriffe kontinuierlicher Veränderung, da sich der Parteivorstand in der Parteizentrale und die politische Richtung in Moskau ständig veränderte – es gilt sie *cum grano salo* zu lesen und zu verwenden.

Diese beiden Lager standen sich nicht ausnahmslos feindlich gegenüber, sondern waren in der Lage die innerparteiliche Machtfrage – die sich maßgeblich auf den Ausbruch der Revolution bezog und diesen zeitgleich beeinflusste – hinter eben jenes Ziel zu stellen. So kam es beispielsweise im Oktober 1923 zu einem kurzweiligen, aber keinesfalls friedlichen Zusammengehen. Zu linken Strömungen und Programmatiken gehörten unter anderem, aber nicht nur der Anarchosyndikalismus (gewerkschaftliche Selbstorganisation der Produktion, Auflösung des Staates) oder der bolschewistischen Auslegung des Kommunismus (Leninismus) oder der Unionismus.<sup>3</sup> Sie alle drängten auf eine baldige, weitere Revolution, die auf die eine oder andere Art die Etablierung einer proletarischen Diktatur oder Regierung vorsah. Im Gegensatz dazu standen

---

ausgesetzt war. Siehe hierzu Weber, Hermann, Von Rosa Luxemburg zu Walter Ulbricht. Wandlung des Kommunismus in Deutschland, Hannover 1961, S. 68.

- 3 Zu (ultra-)linken Strömungen und ihrer Ideologie sowie Strukturgeschichte siehe unter anderem Langels, Otto, Die ultralinke Opposition der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt a.M. 1984 sowie Bock, Hans Manfred, Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923. Ein Beitrag zur Sozial- und Ideengeschichte der frühen Weimarer Republik, Darmstadt 1993 und Bois, Marcel, Kommunisten gegen Hitler und Stalin. Die linke Opposition der KPD in der Weimarer Republik. Eine Gesamtdarstellung, Essen 2014.

die Rechte – gelegentlich auch Versöhnler genannt, da sie eine Zusammenarbeit mit Teilen der SPD nicht ausschlossen – die eine gemäßigte Politik machten. Sie glaubten, die KPD und ihre Anhängerschaft habe allein nicht genug Kampfkraft, um eine Revolution für sich zu entscheiden und versuchte so, Proletarier:innen von anderen Parteien »abzuwerben« und über den Parlamentarismus zu unterwandern. Im Folgenden möchte ich in die wichtigsten und prägendsten Gruppen und Ideen sowie politischen und programmatischen Momente des »rechten« Flügels der KPD, ihre Erforschung und aktuell noch ausstehende Ergebnisse und Perspektiven beleuchten. Ich hoffe, somit eine möglichst konzise Zusammenfassung des aktuellen Standes vorzulegen um ein wenig Orientierung bieten zu können.

Beginnen möchte ich in diesem Aufsatz dabei mit einer Klärung des Begriffspaares *Nationalkommunismus* und *Nationalbolschewismus*. Neben ihren Definitionen und den programmatischen Auslegungen durch verschiedene politische Gruppen, wird an dieser Stelle auch die Geschichte der *Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands* (KAPD) relevant sein. Diese gilt es grundsätzlich auf dem linken Parteiflügel zur verorten; durch ihre strikte Ablehnung der Parlamente und dem Drängen auf eine baldige Revolution mit einer anschließenden Diktatur des Proletariats nach bolschewistischem Vorbild in anarcho-syndikalischer Tradition vertraten sie die »Offensivtheorie«. Für eine Darstellung rechter Kommunismen bietet sich die KAPD vor allem aufgrund ihrer beiden Vorsitzenden (bis August 1920) an: Heinrich Laufenberg und Fritz Wolffheim. Nachdem beide Männer, die wie »geistige Zwillingbrüder«<sup>4</sup> seit dem Ersten Weltkrieg ideologische Flugblätter und Schriften unter das Volk brachten und sich dann zunehmend dem Nationalbolschewismus und national-bürgerlichen Ansichten angenähert hatten, wurden sie schließlich aus der Partei ausgeschlossen. Da der Nationalbolschewismus zu einer besonderen, sowjetgebunden und imperialistisch-antiwestlichen Spielart des rechten Kommunismus gehört, bietet es sich an, den *Hamburger Nationalkommunismus* und die *Laufenberg-Wolffheim-Affäre* zu betrachten, dessen Geschichte eng mit der der KAPD verknüpft ist.

Im Anschluss folgt die *Die Kommunistische Arbeitergemeinschaft* (KAG), die von dem ehemaligen Parteivorsitzenden Paul Levi<sup>5</sup> gegründet wurde und eine

4 Schüddekopf, Otto-Ernst, Linke Leute von rechts. Die nationalrevolutionären Minderheiten und der Kommunismus in der Weimarer Republik, Stuttgart 1960.

5 Paul Levi war von 1919 bis 1921 Vorsitzender der KPD und kehrte dann über die USPD zur SPD zurück. Zur Biografie Paul Levis siehe Scholle, Thilo, Paul Levi. Linkssozialist–

oppositionelle Interessensvertretung des rechten Flügels darstellte. Paul Levi gilt darüber hinaus auch als Initiator, wenn nicht sogar als »Erfinder« der – in der Form, in der sie 1923 und zum Ende der Weimarer Republik zu beobachten war – Einheitsfront und der zugehörigen, entwickelten »Einheitsfronttaktik«, die danach betrachtet werden soll.

Die Einheitsfronttaktik ist dabei grundsätzlich ein Projekt und Theorem der Rechten gewesen, das aus strategischen Gründen unter sowjetischer Anleitung auch von Linken und Versöhnlern adaptiert wurde. Das Konzept der Einheitsfront entspringt Vorstellungen von einer Revolution des Proletariats, die seit Anbeginn der Arbeiterbewegung eine zentrale Rolle in ihrer Mobilisierung und Politik spielten. Mit dem Auseinanderbrechen der Sozialdemokraten nach dem Ersten Weltkrieg und dem Entstehen der Kommunistischen Partei Deutschlands konkurrierten nun zwei Parteien um die potentielle Kampfkraft der Arbeiter:innen. Dass dies zu Beginn der 1920er Jahre die Arbeiterschaft zunehmend spaltete und drohte, zu irreparablen Differenzen innerhalb der gesellschaftlichen Gruppe zu führen und somit die Revolution auf unbestimmte Zeit zu verhindern, hatte auch die Komintern zu Beginn der 1920er Jahre erkannt.

Eng mit der Einheitsfront in Verbindung stehend, da ihre programmatischen Überschneidungen zu dieser Zeit an gewissen Stellen gegeben war, ist die sogenannte *Schlagetertaktik* der KPD. Im Rahmen der Ruhrbesetzung und des Ruhrkampfes gegen die französischen und belgischen Besatzer, bemühte sich die KPD auf allen Ebenen, Verbündete im Kampf gegen das »internationale Kapital« zu sammeln. Bestimmte Anhänger:innen scheuten dabei auch nicht vor der Agitation in völkisch-nationalistischen Milieus zurück. Einer der wichtigsten Akteure zu dieser Zeit war Karl Radek (geb. Karol Sobelsohn),<sup>6</sup> der als eine der zentralen Figuren in dem ständigen Wechsel der Ablehnung und Annäherung an nationalbolschewistische und nationalkommunistische Inhalte und politische Strategien zu nennen ist. Das ist vor allem dadurch zu erklären, dass er als Deutschlandemissär der Kommunistischen Internationale Moskaus Kurs zu repräsentieren und umzusetzen hatte – was die Auswüchse seiner Politik aber nicht immer restlos erklärt, wie noch zu sehen sein wird.

---

Rechtsanwalt – Reichstagsmitglied, Leipzig 2017 sowie Beradt, Charlotte, Paul Levi. Ein demokratischer Sozialist in der Weimarer Republik, Frankfurt a.M. 1969.

6 Zur Biografie Karl Radeks siehe vor allem Gutjahr, Wolf-Dietrich, »Revolution muss sein«. Karl Radek. Die Biografie, Köln 2012.

Neben ihm gilt auch Ruth Fischer (geb. Elfriede Fischer)<sup>7</sup> als eine der Schlüsselfiguren und meistdiskutierte Agitatorin der *Schlagetertaktik*. Fischer war von 1924 bis 1926 Vorsitzende der KPD und galt mit ihrem Lebensgefährten Arkadi Maslow (geb. Jefimowitsch Teschmerinski) als eine der prominentesten Vertreter:innen der KPD-Linken. Sie ist vor allem bekannt durch ihre antisemitischen Äußerungen im Rahmen der Schlagetertaktik, die in der Forschung – nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass Fischer selbst Jüdin war – rege Debatten angeregt haben. Auch darum soll es im Rahmen der Schlagetertaktik gehen.

Grundsätzlich gilt die erste Hälfte der 1920er Jahre als hauptsächlicher Betätigungszeitraum für den »rechten« Flügel der KPD, was größtenteils auf die Stalinisierung ab 1924 zurückzuführen ist. Ich würde aber bereits an dieser Stelle argumentieren, dass die hohe Aktivität und der Rückhalt seitens der Komintern auch in den innen- und außenpolitischen Begebenheiten wurzelte und so ihren Teil dazu beitrug. Zu den wichtigen »rechten« Kommunisten zählt unter anderem Heinrich Brandler<sup>8</sup> – seine Zeichens Gründungsmitglied und Parteivorsitzender von 1921 bis 1924 gemeinsam mit August Thalheimer.<sup>9</sup> Thalheimer und er gingen nach dem »Moskauer Parteiverfahren« in ein Ehrenexil, um sich dann gegen Ende der 1920er Jahre erneut in der innerparteilichen »rechten« Opposition zu engagieren. Insbesondere das Krisenjahr 1923 nimmt bei der Betrachtung der »rechten« Kommunisten eine Schlüsselposition ein. Nicht nur ist es das Jahr, in dem »rechte« Programmatiken in der KPD erprobt, angepasst und verworfen werden – es ist auch das Jahr, in dem »rechts-kommunistische« Ideen nach kleinen Erfolgen zu scheitern scheinen. Der Umgang der KPD damit ist bezeichnend für die folgenden Jahre der Partei und den von Weber beschriebenen »Krisenzyklus«. Unweigerlich mit dem Jahr 1923 verbunden sind die Losung »Schlagt Poincaré an der Ruhr und Cuno an der Spree«, des Essener Kongress 1923 Anfang Januar und der aktive Kampf der Kommunisten gegen Bourgeoisie und Imperialismus – bei dem sich der

7 Siehe zur Person vor allem Keßler, Mario, Ruth Fischer (1895–1961). Ein Leben mit und gegen Kommunisten, Köln 2013 und Hering, Sabine/Schilde, Kurt, Kampfname Ruth Fischer. Wandlungen einer deutschen Kommunistin, Frankfurt a.M. 1995.

8 Siehe zur Person Brandlers vor allem Becker, Jens, Heinrich Brandler. Eine politische Biographie, Hamburg 2001 und Hermann Weber, Unabhängige Kommunisten. Der Briefwechsel zwischen Heinrich Brandler und Isaac Deutscher 1949–1967, Berlin 1981.

9 Mehr zur Person Thalheimers in Becker, Jens, August Thalheimer. Früher Kritiker der Stalinisierung, Hamburg 2000, S. 75–100 und Bergmann, Theodor, Die Thalheimers. Geschichte einer Familie undogmatischer Marxisten, Hamburg 2004.

KPD die Frage stellte, ob es nun nach »rechtem« oder »linkem« Kurs zu operieren galt. Zeitgleich mit rechten Regierungsbildungen in Mitteldeutschland, griffen die Linken mit den bewaffneten *proletarischen Hundertschaften* an der Ruhr die französischen und belgischen Besatzungsmächte an und riefen die »Arbeiterrepublik im Rheinischen Ruhrgebiet« aus.

Die KPD erlag in dieser Zeit beinahe völlig einem innerparteilichen Ringen um den richtigen Kurs durch und aus der Krise, hin zur proletarischen Revolution. Dass dabei in einer Partei, die den undemokratischen Kommunismus vertrat, fast demokratisch gerungen wurde, fasziniert bis heute.

## 1. Nationale Sozialismen: Nationalbolschewismus und Nationalkommunismus

Neben den linken Strömungen innerhalb der KPD, existierten vor der Stalinisierung auch solche Splittergruppen, die sich mit nationalen Auslegungen der kommunistischen Ideologie beschäftigten. Dazu gehören an erster Stelle der *Nationalbolschewismus*, eine zeitgenössische Selbstbezeichnung und Begriffszuweisung durch Karl Radek gleichermaßen, und der *Nationalkommunismus*.

Der *Nationalbolschewismus* beschreibt dabei eine rechtsradikale, völkisch-nationalistische Spielart des Antikapitalismus. Er wurde maßgeblich durch Ludwig Moller von den Brucks *Politisches Kolleg* und den *Juni-Klub* geprägt, die eher männlich-dominierten Debattierclubs und Echokammern völkisch-nationalistischer Inhalte und Ideologien waren. Damit ist der Nationalbolschewismus ideologischer Teil der Konservativen Revolution, die die »Volksgemeinschaft« idealisierte und den Liberalismus, vor allem aber den Marxismus, entschieden ablehnte. Sie verstand den internationalen Kapitalismus als »undeutsch« und begriff die Proletarisierung als teilweise schon abgeschlossene Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen aus dem »Volkskörper«. Auch auf dem politisch linken Spektrum florierte der Nationalbolschewismus: zu seinen prominentesten Vertretern zählte Ernst Niekisch.<sup>10</sup> Der Sozialdemokrat war 1918 Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates in München, wurde dafür zu zwei Jahren Festungshaft durch eine Beteiligung am »Hochverrat« verurteilt, und schloss sich nach seiner Freilassung dem *Hofgeismarer*

10 Weiterführend zu Niekisch Pittwald, Michael, Ernst Niekisch. *Völkischer Sozialismus, nationale Revolution, deutsches Endimperium*, Köln 2002 und Kowalczuk, Ilko-Sascha, Niekisch Ernst, Berlin 2010.

Kreis an, der unter dem Eindruck der Ruhrbesetzung gegründet wurde. Dort diskutierte er mit anderen Jungsozialisten des rechten Parteiflügels das Verhältnis von Nationalismus und Sozialismus und die Funktionen von Volk und Staat. So sah man in einer »nationalen Volksgemeinschaft« die Lösung für den Klassenkampf und träumte von der »deutsesten Epoche Europas« in einer »Aristokratie der Arbeit«.<sup>11</sup> Der Kreis vertrat einen »nationalistisch-volksintegrativen«<sup>12</sup> Typus der Sozialpolitik, den die Mitglieder als jenseits von rechts oder links verstanden.

In den folgenden Jahren inkorporierte Niekisch sozialdarwinistische, androzentrisch und männlich-kämpferisch sowie demokratiefeindliche Versatzstücke in seine politische Theorie. Er ersehnte sich für das postrevolutionäre Deutschland, das sich erfolgreich von dem Versailler Vertrag befreit haben würde, eine Rückkehr zu den Ideen der französischen Revolution von 1789 und den eigenen preußischen Wurzeln, die ein Zusammengehen mit Russland ermöglichten.<sup>13</sup> Auch Niekisch wandte sich gegen einen »internationalen Marxismus« und sah Deutschland durch einen westlichen Kapitalismus bedroht.

Diese antikapitalistische Haltung – die sich vor allem gegen ein internationales, als jüdisch verstandenes Finanzkapital wandte – bot eine Anschlussfähigkeit für eine Gruppe kommunistischer Theoretiker und fand seine eigene Form im *Hamburger Nationalkommunismus*. Bezeichnend für diesen Nationalkommunismus, der aufgrund der Herkunft seiner geistigen Vordenker auch als *Hamburger Nationalkommunismus* gehandelt wird, waren die beiden ehemaligen Linkskommunisten Heinrich Laufenberg<sup>14</sup> und Fritz Wolffheim.<sup>15</sup> Der Historiker Laufenberg und der Journalist Wolffheim traten erst der SPD bei und wandten sich 1914 stark gegen den beschworenen *Burgfrieden*, bis sie als Teil der USPD 1919 zur KPD gelangten. Mit der Zeit machten sie eine Wandlung vom linken zum rechten Parteiflügel durch, während derer sie den rechten

11 Opitz, Reinhard, Ernst Niekischs »Widerstandsbewegung«. Oder was heißt »national-revolutionär«?, 2022, S. 152.

12 Ebenda, S. 152.

13 Ebenda, S. 166–187.

14 Siehe zur Biografie von Heinrich Laufenberg unter anderem Weber, Hermann/Herbst, Andreas, Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2008 und Brietzke, Dirk/Kopitzsch, Franklin, Hamburgische Biografie (2), Göttingen 2006.

15 Siehe zur Biografie von Fritz Wolffheim Weber, Hermann/Herbst, Andreas, Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2008. Bezüglich Fritz Wolffheims Biografie und wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit seinem Leben/seiner Politik en détail besteht ein Desiderat.

*Hamburger Nationalkommunismus* begründeten. Noch im Oktober 1918 gehörte Laufenberg und Wolffheim zu einer kleinen Gruppe, die in Norddeutschland mit dem Spartakusbund den Oktoberaufstand plante und zementierten sich damit bis zum November 1918 als »resolute Gegner des imperialistischen Krieges«. <sup>16</sup> Heinrich Laufenberg wurde am 11. November 1918 in den neugegründeten Arbeiter- und Soldatenrat Hamburgs gewählt und hielt, in seiner ersten Rede auf der Vollversammlung, fest, dass eine vollständige gesamtdeutsche Revolution »unumstößliche Tatsache« sei. <sup>17</sup> Das resultierte vor allem aus der Annahme, dass die Revolution in Russland bald abgeschlossen sei, deutsche Proletarier:innen sich Sowjetrußland aber nicht zum Vorbild nehmen können. Zu groß seien die Unterschiede gewesen und so liege »die europäische Revolution und ihr Schicksal im jetzigen Augenblick in den Händen der deutschen Arbeiterklasse«. <sup>18</sup> In Berlin unterstützte Laufenberg die Gründung eines weiteren Arbeiter- und Soldatenrates, erkannte aber die schwierige Lage in der Hauptstadt und forderte zusätzlich die Bildung von Parlamenten <sup>19</sup> – etwas, das eher in den Gefilden der Einheitsfront, als der Offensivtaktik zu verorten wäre. Im Jahr 1919 veröffentlichten Laufenberg und Wolffheim gemeinsam zwei Schriften, die sich mit programmatischen Fragestellungen beschäftigten. <sup>20</sup> In ihnen thematisierten sie die Notwendigkeit einer zweiten deutschen Revolution, um die von 1918 im Sinne einer proletarischen Diktatur zu vollenden. Als konkrete Ziele einer zweiten Revolution nannten sie die Zerschlagung der Generalstäbe, der Bürokratie, des Großbürgertums und des »Versailler Systems«. <sup>21</sup> Stattdessen wollten sie die Macht der Räte von 1918 konsolidieren, die Betriebsräte als »Element der nationalen Sammlung, der nationalen Organisation« etablieren und stärken sowie die Teile des Klein- und Mittelstand in die Arbeiterre-

16 Opitz, Ernst Niekisch, S. 86. Siehe weiterführend zu Wolffheims politischem Engagement in den Jahren 1918/1919 unter anderem Meyer-Lenz, Johanna/Kopitzsch, Franklin/Hedrich, Markus, Hamburg in der Novemberrevolution von 1918/19. Dynamiken der politischen und gesellschaftlichen Transformation in der urbanen Metropole, Bielefeld 2022.

17 Opitz, Ernst Niekisch, S. 87.

18 Zitiert nach Dupeux, Nationalbolschewismus, S. 89.

19 Ebenda, S. 89.

20 Die Rede ist von den Texten »Zwischen der ersten und der zweiten Revolution« und »Knechtschaft oder Weltrevolution?«. Beide erschienen nach dem Niederschlag der Münchener Räterepublik, im Frühjahr 1919.

21 Schüddekopf, Linke Leute, S. 210.



gierung integrieren, da sie diese ebenfalls als durch den Versailler Vertrag ausgebeutet verstanden.<sup>22</sup>

An dieser Stelle passierte nun etwas durchaus Auffälliges: Auf der Suche nach einer Mehrheit, die diese Revolution nicht nur tragen, sondern vor allem durchführen würde, wandten sich Laufenberg und Wolffheim den rechten, völkisch-nationalen Kreisen zu. Sie verkärten die extreme Rechte zu potentiellen Bündnispartner und diese taten es ihnen gleich – beide Seiten mit der Absicht, die jeweils andere zum eigenen Standpunkt zu bekehren. Laufenberg und Wolffheim erkannten für sich, dass es neben den Proletarier:innen nur noch die Freikorps gab, die ausreichend für eine Revolution ausgestattet seien und bestimmten als gemeinsamen Gegner beider Lager das »Ententekapital«.<sup>23</sup> Während die Hamburger Nationalkommunisten an eine gemeinsame rechts-kommunistische Einheitsfront glaubten, hatten die völkisch-nationalen Kreise jedoch ein anderes Ziel. Sie hofften, sie könnten den Bolschewismus »nationalisieren« und zu »etwas Deutschem zu machen«<sup>24</sup> – und damit auch zähmen. Für den ungewöhnlichen Schulterschluss fanden Laufenberg und Wolffheim einen eigenen Begriff, den sie ihrer bisherigen politischen Erfahrung entnahmen: revolutionärer Burgfrieden. Die daraus gemeinsam gegründete Revolutionsarmee werde aber obsolet, sobald sich die neue proletarische Diktatur errichtet habe. Dann könne man eine Rote Armee schaffen, die die Weltrevolution bestreiten würde. Aus dem Lager der völkisch-nationalen Rechten bestand trotzdem – laut Schüddekopf vor allem wegen<sup>25</sup> – der wehrpolitischen Diskussionen die Revolution und die Zeit danach betreffend, ein Interesse. Neben Ernst Graf zu Reventlow und Wilhelm Stapels, knüpften auch Offiziere der Freikorpstruppen von Graf Paul von Lettow-Vorbeck während der Hamburger *Sülzeunruhen* Kontakt zu Hamburger Nationalkommunisten. Viele dieser Kontakt- und Kooperationsversuche scheiterten vor allem an dem gegenseitigen Misstrauen. Vor allem von Seiten der KPD erfolgte harte Kritik an der Strategie, die Laufenberg und Wolffheim versuchten umzusetzen. Karl Radek, Deutschlandemissär im EKKI, nahm dabei die sowjetische Perspektive ein: In Russland war man sich sicher, dass eine Revolution nicht in naher Zukunft stattfinden könne und versuchte, während Laufenberg und Wolffheim gegen westliche Staaten

---

22 Ebenda, S. 110.

23 Schüddekopf, *Linke Leute von Rechts*, S. 112.

24 Ebenda, S. 114.

25 Ebenda.

agitierten, mit genau diesen Handelsabkommen zu schließen. Außerdem hatten Lenin und Radek »Sorge von einer zu selbstständigen Entwicklung des deutschen Kommunismus, die das Schwergewicht in der internationalen revolutionären Bewegung von Rußland nach Deutschland hätte verlagern können«.<sup>26</sup> Hinzu kommt auch eine ideologische Ebene, welche die Kritik zu einer Notwendigkeit machte. Es wird von russischer Seite aus zu dieser Zeit unvorstellbar gewesen sein, dass sich der als internationale Bewegung ausgewiesene Kommunismus mit einem radikalen, sozialdarwinistischen Nationalismus zusammenschließen könnte.

Gemäß Andersons *imagined communities*<sup>27</sup> betrachteten Laufenberg und Wolffheim die deutsche Nation als eine Gruppe von Individuen, das »auf den Werten der Sprache und der Sitten beruht, die der Wirtschaft jedoch eng verbunden sind«.<sup>28</sup> Dass Laufenberg und Wolffheim ihren Nationalismus kulturell auslegten, erlaubte es ihnen sich mit völkisch-nationalen Kräften zu verständigen, deren Nationalismusbegriff rassistischer ausfiel, in der kulturellen Dimension jedoch nur marginal abwich. Ähnlich verhielt es sich auch bei der Haltung gegenüber den Pariser Vorortverträgen, insbesondere dem Versailler Vertrag, den Laufenberg und Wolffheim konsequent ablehnten und der sie außenpolitisch näher an das völkisch-nationale Lager brachte. Hatten sie während und kurz nach Ende des Ersten Weltkriegs noch für die Auflösung von Grenzen und »Wandlungsfähigkeit der nationalen Kulturen« plädiert,<sup>29</sup> bezichtigten sie nun vor allem Frankreich und Großbritannien eines westlichen Kapitalimperialismus.

Einen kulturell-sprachlich begründeten Nationsbegriff eröffneten Laufenberg und Wolffheim auch die proletarisch-revolutionäre Annexion von Österreich, mit der ein größeres Gewicht gegenüber Osteuropa erreicht werden sollte. Zeitgleich sollte eine Rote Armee im Westen Deutschlands vorrücken und den Arbeiter:innen in Belgien und Frankreich zur Revolution verhelfen. Damit all dies erreicht werden könne, müsse man kriegerische Handlungen mit Russland und im Baltikum sofort beenden. Ohne einen Sieg der Arbeiterschaft in den ehemaligen Ententeländern, der nur durch die Unterstützung Russlands

---

26 Ebenda.

27 Anderson, Benedict, *Imagined Communities. Reflections of the Origin and Spread of Nationalism*, London 2006.

28 Dupeux, *Nationalbolschewismus*, S. 84.

29 Ebenda.

mit Ressourcen zu erlangen sei, wäre der Befreiungskampf nicht zu gewinnen.<sup>30</sup>

Vor allem Laufenberg entwirft hierbei dezidiert das Bild eines »Weltbundes der kommunistischen Republik« als Gegenentwurf zu den, wie er sie benannte, »Weltbund der imperialistischen Staaten«<sup>31</sup> – gemeint war hiermit vor allem vermutlich der Völkerbund und die frühen Europäisierungsbestrebungen. Hinzu kamen auch Vorstellungen einer deutschen kulturellen und wirtschaftlichen Vormachtstellung gegenüber den osteuropäischen Staaten. So skandierten Laufenberg und Wolffheim, es sei »nun naiv und absurd, Rußland als das rückschrittlichste Land zum Vorbild zu nehmen«, und sprachen sich für eine führende deutsche Rolle aus, die staatspolitische Aufgaben zu übernehmen habe.<sup>32</sup> Schon Zeitgenoss:innen fiel auf, dass die beiden Hamburger mit der Zeit alldeutschere Töne anschlugen: es kursierten in der Partei Vergleiche mit dem rechtskonservativen Professor Paul Eltzbacher, Radek beschimpfte Laufenberg als »kleinbürgerlichen Nationalist«.<sup>33</sup>

Nachdem die Hamburger Nationalkommunisten sich gegen die Dritte Internationale aussprachen und es auf dem illegalen Heidelberger Parteitag am 21. Oktober 1919 zu erbitterten, verbalen Kämpfen kam, wurden Laufenberg und Wolffheim aus der KPD ausgeschlossen. Mit ihnen wurden unter anderem auch Otto Rühle aus Dresden, Friedrich Wender aus Berlin und 23 weitere Delegierte ausgestoßen. Grund waren neben den nationalkommunistischen Agitationen Streitigkeiten über die KPD-Gewerkschaftspolitik. Unter Berliner Federführung gründeten sich die *Kommunistische Arbeiterpartei Deutschland* (KAPD), ein anarcho-syndikalische Partei. In Berlin, wo neben Hamburg (der Bezirk Nord stand unter der Leitung Laufenberg und Wolffheim) eines der beiden Parteizentren entstand, verlor die KPD die Hälfte ihrer Mitglieder an die KAPD.<sup>34</sup> Besonders stark war sie in den Hochburgen der KPD, neben Berlin und Hamburg zählte dazu auch das Ruhrgebiet.<sup>35</sup> Schon bald aber waren Laufenberg und Wolffheim als Wortführer des Hamburger Nationalkommunismus, obwohl sie versuchten die ideologische Leitung der

30 Schüddekopf, *Linke Leute von rechts*, S. 111.

31 Ebenda, S. 112.

32 Ebenda, S. 120.

33 Ebenda, S. 117–118.

34 Flechtheim, Ossip K., *Die KPD in der Weimarer Republik*, Hamburg, 1986, S. 116.

35 Weber, Hermann: *Von Rosa Luxemburg zu Walter Ulbricht – Wandlung des Kommunismus in Deutschland*, 4. Auflage, Hannover, 1961, S. 33.

KAPD zu übernehmen, an den Rand gedrängt worden und verließen bald darauf die KAPD.

Die Vorstellungen eines sozialistischen Nationalismus wurden mit der Stalinisierung bis zum Ende der 1920er Jahre aus der KPD verdrängt und erlebten dann bis zum Parteiverbot von 1933 eine Renaissance. In rechten Parteien wurden sie besonders prominent von den Strasser-Brüdern und dem linken Flügel der NSDAP vertreten. Die Verwendung und Definition der Begriffe Nationalbolschewismus und Nationalkommunismus sind dabei durchaus umstritten. Das ist grundlegend auf die Begriffsfindung zurückzuführen: auf der einen Seite verwendete Karl Radek den Begriff *Nationalbolschewismus* als diffamierende Bezeichnung für ein Lager von Kommunist:innen, gleichsam waren die Begriffe Nationalbolschewismus und Nationalkommunismus auch Selbstbezeichnungen für bekennende Theoretiker und Anhänger:innen gleichermaßen. Die Ideen und das staatstheoretische Konstrukt, das stellenweise auch an Antonio Gramscis Hegemonietheorie erinnert, lassen sich schon vor Beginn des 20. Jahrhunderts feststellen.<sup>36</sup> Bei dem Nationalkommunismus, insbesondere dem der Hamburger Spielart, handelt es sich um einen ethnisch-kulturell begründeten Antikapitalismus, der sich gegen ein »internationales Kapital« richtet, das in der Form der Ententemächte personifiziert wurde und sich insbesondere durch den Versailler Vertrag ausdrückte. Der Nationalbolschewismus hingegen ist eine rassistischere, sozialdarwinistisch geprägte Form des Antikapitalismus, welcher den Kapitalismus und seine Vertreter als dezidiert »undeutsch« versteht. Beide Formen wiesen eine Anschlussfähigkeit in kommunistischen, national-revolutionären und völkisch-nationalistischen Lagern auf. Beide sind aber auch gewissermaßen politisch radikale Erscheinungen am rechten Parteirand der KPD, die nationalistische Politik zur Lösung der Nachkriegsprobleme anstrebten. Dabei duldeten Vertreter:innen Deutschnationalisten und völkisch-nationale Ideologien oder strebten nach dem Prinzip der Einheitsfront ein Zusammengehen mit Teilen der SPD an. Diese Strategien der Machtsicherung und der darauffolgenden, wie ein Damoklesschwert über den zeitgenössischen kommunistischen

---

36 So datiert Schüddekopf das erste Aufkommen von national-kommunistischen in der Neuzeit, mit den *Lyoner Instruktionen* von Joseph Fouché und Collet d'Herbois im Jahr 1793, sieht darüber hinaus aber auch Tendenzen bei Bismarck und seinen Gesprächen mit Lasalle im Sommer 1863 und darin auch die Entstehung der »Ideen von 1914«. Siehe hierzu: Schüddekopf, Linke Leute, S. 100–101.

Diskursen schwebenden, Errichtung einer proletarischen Diktatur scheiterten am innerparteilichen Widerstand, der auch von Moskau unterstützt wurde. Als das innenpolitische Klima in der Weimarer Republik sich weiter radikalisierte, kehrte man zu Beginn der 1930er Jahre noch einmal zu national-kommunistischen und nationalbolschewistischen Taktiken zurück.<sup>37</sup> Es ist durchaus bemerkenswert, dass nationale Kommunismen vor allem in Regionen der Weimarer Republik so erfolgreich waren, in denen es zuvor Soldaten- und Arbeiterräte gab. Das erhärtet den Verdacht, dieser Erfolg sei mitunter auch darauf zurückzuführen, dass revolutionäre Hoffnungen enttäuscht wurden. Der national-revolutionäre Kommunismus ersetzte damit für einige Kommunist:innen den bisherigen Kurs, der sein Ziel nicht erfüllen konnte. Das spiegelt sich auch in den Rufen nach einer zweiten Revolution wider. Wie erfolgreich und anschlussfähig Nationalkommunismus und Nationalbolschewismus unter den Anhänger:innen der KPD schlussendlich tatsächlich war, lässt sich aktuell noch nicht beantworten. Damit eng verbunden ist, dass soziale Forderungen und deren politische Anschlussfähigkeit (Assimilationsgrade), sowie Wahl- oder Parteimanifeste noch nicht ausreichend zur Beantwortung der Definitionsfrage herangezogen wurden.

## 2. Die Kommunistische Arbeitergemeinschaft (KAG)

Im Februar 1920 trat Paul Levi als Vorsitzender der VKPD zurück, mit ihm verließen auch Parteigrößen wie Clara Zetkin und Ernst Däumig die deutsche Zentralkommission. Damit wechselte die Parteiführung vom rechten zum linken Flügel. Die neue linke Parteizentrale positionierte sich offensiv-revolutionärer (*Offensivtheorie*) und entschied sich dafür, nach Ostern 1921 im miteldeutschen Industriegebiet (Halle-Merseburg und Sachsen) den Auftakt zur gesamtdeutschen Revolution zu initiieren. Dort hielt man die Erfolgschancen durch die Mitgliederstärke der KPD in diesem Teil Deutschlands für besonders hoch. Das Datum der geplanten Revolution in Mitteldeutschland wurde schließlich vorgezogen, da der sozialdemokratische Oberpräsident Otto Hörsing aufgrund einer erhöhten Putschgefahr das Gebiet mit Hundertschaften

37 Siehe zum maßgeblichen Vordenker dieser zweiten Phase des Nationalbolschewismus/Nationalkommunismus, Karl Otto Paetel, vor allem Steffensen, Steffen, Karl O. Paetel (1906–1975). Journalist und Schriftsteller, Heide 1993 und Dupeux, Nationalbolschewismus.

der Polizei besetzen ließ. So kam es am 21. März 1921 durch den Aufruf zum Generalstreik zum Auftakt der *Märzaktion*, die ab dem 23. März 1921 zu bewaffneten Konfrontationen zwischen der Polizei und den bewaffneten Arbeiter:innen anwuchs. An den Kämpfen war unter anderem auch Max Hoelz, Mitglied der KAPD, beteiligt, der unter anderem Waffen an die Arbeiter:innen in Mansfeld austeilte. Er blieb bis zum, von der VKPD offiziell am 1. April 1921 verkündeten, Ende der Aufstände in den bewaffneten Kämpfen aktiv. Im Rahmen der *Märzaktion* verstarben 180 Personen, mehrere Tausend hatten in der Folge Haftstrafen zu bewältigen.<sup>38</sup>

Nachdem die Märzaufstände in Mitteldeutschland nicht die erwünschte »gesamtdeutsche Revolution« herbeigeführt hatten, kritisierte Paul Levi öffentlich die Entscheidungen der VKPD. Die Broschüre *Unser Weg – Wider den Putschismus* begründete seine Ablehnung des Offensivkurses, den die VKPD mit den Kämpfen in Sachsen und Halle-Merseburg beschritten hatte. Levi führte die kommunistische Niederlage auch auf das EKKI und ehemalige UPS-Mitglieder zurück, die sich 1920 mit der KPD zur VKPD vereinigt hatten. Für uns aber relevanter ist, dass Levi genau diese Mechanismen als notwendiges Opfer stilisierte, welches das EKKI in Kauf genommen habe, um den rechten Flügel der VKPD zu neutralisieren.<sup>39</sup> Ferner beschrieb er die Abgesandten EKKI als *Tscheka*, die gegen die Interessen der kommunistischen Parteien in anderen Ländern operiere und schrieb der EKKI damit ein konterrevolutionäres Attribut zu. Auch vom linken Parteiflügel, beispielsweise von Ernst Friesland (Generalsekretär der KPD), kam zaghafte Kritik an dem Scheitern des Märzaufstandes.<sup>40</sup>

Für Paul Levi mag diese Deutung durchaus schlüssig gewesen sein, war doch Karl Radek als Deutschlandexperte und Abgesandter der Komintern auch an den Diskussionen um den Märzaufstand beteiligt. Tatsächlich befand sich das sowjetische Russland zu dieser Zeit in einer tiefgreifenden Krise. Ausgelöst durch den *Kronstadter Aufstand*, waren die KI-Kommissare davon überzeugt,

38 Siehe zur sogenannten Märzaktion unter anderem Knatz, Christian, »Ein Heer im grünen Rock?«. Der mitteldeutsche Aufstand 1921, die preußische Schutzpolizei und die Frage der inneren Sicherheit in der Weimarer Republik, Berlin 2000 sowie als Standardwerk Koch-Baumgarten, Sigrid, Der Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921, Frankfurt 1986.

39 Hirschinger, Frank, »Gestapoagenten, Troztkisten, Verräter«. Kommunistische Säuberungen in Sachsen-Anhalt 1918–1953, Göttingen 2005, S. 44.

40 Weber, Wandlung des Kommunismus, S. 39.

dass eine deutsche kommunistische Revolution die Moral im eigenen Land heben könne.<sup>41</sup> Darüber hinaus bot die politische und wirtschaftliche Lage in der jungen Weimarer Republik einen Nährboden für einen solche Umsturz – insbesondere die andauernden Straßenkämpfe in der Hauptstadt Berlin und in Oberschlesien befeuerten die Instabilität. Auch Samuel Guralski (geb. August Kleine), der als hochrangiger Mitarbeiter Komintern auch Teil der deutschen Zentralkommission war, erklärte die »Zeit sei reif zum Losschlagen«.<sup>42</sup> Guralski pflegte zudem mit Grigori Sinowjew Kontakt, dem Vorsitzenden der Komintern, der ebenfalls eindringlich für den Beginn einer kommunistischen Revolution in Deutschland plädierte.<sup>43</sup>

Levi und seine Anhänger:innen wurden nach seiner Kritik aus der KPD ausgeschlossen. Sie gründeten im September 1921 die *Kommunistische Arbeitsgemeinschaft* (KAG), die sich ganz bewusst als Element der Mutterpartei begriff und versuchte, diese zu reformieren. Die KAG warb somit für eine stärkere Unabhängigkeit von der Komintern und Russland, eine Rückkehr zur innerparteilichen Demokratie und eine weniger zerstörerische Gewerkschaftspolitik, die auf die Geschlossenheit der Gewerkschaften abzielte.<sup>44</sup> Für die KAG war die Zusammenarbeit mit der VKPD somit auch nur unter Bedingungen möglich, welche diese Pläne unterstützten. Somit hielten sie diese Vereinbarungen einem internen Papier fest, das die KAG an die VKPD weiterleitete:

- » I. Völlige materielle Unabhängigkeit von der Kommunistischen Internationale.
- 2. Unterstellung aller bei auswärtigen kommunistischen Organisationen erscheinenden Literatur unter die Mitkontrolle der deutschen Parteiführung.
- 3. Sicherheit gegen alle offenen oder verdeckten organisatorischen Eingriffe des EKKI neben, außerhalb der gegen die Organe der deutschen Sektion.
- 4. Programmatische Festlegung einer Politik, die die Zusammenarbeit aller revolutionären Arbeiter in Deutschland ermöglicht, unter ausdrücklichem Verzicht auf alle putschistischen Bestrebungen im Sinne der März-Aktion.

41 Flechtheim, Die KPD, S. 127.

42 Ebenda, S. 127.

43 Hermann, Wandlung des Kommunismus, S. 38.

44 Flechtheim, Die KPD, S. 45.

5. Festlegung einer Gewerkschaftspolitik, die unbeschadet aller revolutionären Ziele die organisatorische Einheitlichkeit und Geschlossenheit der deutschen Gewerkschaften aufrechterhält.«<sup>45</sup>

Die Organisation blieb klein, neben Levi beteiligten nur vier Reichstagsabgeordnete aus der VKPD zur KAG – bis zur Auflösung 1922 waren lediglich 15 Personen Teil der Gruppe.<sup>46</sup> Für Paul Levi, der nun gewissermaßen als Kopf der KAG fungierte, bestand das zukünftige Ziel unverändert darin, die VKPD zu einer Massenpartei werden zu lassen. Insbesondere zur Förderung der gesamtgesellschaftlichen Akzeptanz der VKPD formulierte er also die vergleichsweise milde Gewerkschaftspolitik und setzte sich für eine »aktive Einheit« mit der SPD ein.<sup>47</sup> Bemerkenswert ist, dass Levi damit nicht eine Abwendung von der kommunistischen Programmatik anstrebte, sondern versuchte, »den kommunistischen Charakter« zu verschleiern.<sup>48</sup> In der KPD und dem EKKI herrschte Verwirrung und Uneinigkeit darüber, wie mit der Arbeitsgemeinschaft und der von ihr geäußerten Kritik umzugehen sei. Besonders deutlich zeigt sich das am Umgang mit dem Generalsekretär Ernst Friesland (geb. Ernst Reuter). Der auf dem Jenaer Parteitag in Januar 1921 als Generalsekretär berufene Verfechter der *Offensivtheorie* wechselte nur ein Jahr später zur KAG. Grund dafür waren Dokumente von Clara Zetkin, die vom SPD-Parteiorgan *Vorwärts* veröffentlicht wurden, und Bezug auf geplante Terroraktionen während der *Märzaktion* nahmen.<sup>49</sup> Er forderte, auch um den innerparteilichen Bruch mit der KAG zu heilen, die Gruppe um Hugo Eberlein zum Rücktritt zu zwingen. Friesland schlossen sich daraufhin Mitglieder der Zentralen Gewerkschaftsabteilung an. Bei dem Politischen Büro der KPD stieß er mit seinen Forderungen und seinem Plädoyer an die Glaubwürdigkeit der Partei auf taube Ohren und wurde am 13. Dezember 1921 seines Amtes als Generalsekretär enthoben.

Einen Tag später erklärte die Parteizentrale, nach Feststellung des EKKI und des russischen Zentralkomitees – die KAG als antikommunistisch und verurteilte jegliche Zusammenarbeit. Man bezichtigte die KAG »zur Zersplitterung der KPD« beizutragen und ferner »den Interessen der Bourgeoisie und

45 Weber, *Wandlung des Kommunismus*, S. 40

46 Koch-Baumgarten, *Aufstand der Avantgarde*, S. 409.

47 Fritz, Bernd Dieter, *Die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft (KAG) im Vergleich mit der KPO und SAP*, Bonn 1966, S. 88–90.

48 Ebenda, S. 91.

49 Winkler, Heinrich August, *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924*, Berlin/Bonn 1984.



der SPD zu dienen«.<sup>50</sup> Doch die innerparteiliche Opposition, die sich mittlerweile um Heinrich Malzahn, Ernst Friesland und Otto Brass versammelt hatte, ließ sich nicht beirren. Am 20. Dezember erklärte Friesland in der Broschüre *Zur Krise unserer Partei*, dass die KPD unter der Einmischung Moskaus, insbesondere verkörpert durch Karl Radek, leide und dadurch an Glaubwürdigkeit (vor allem gegenüber der SPD und USPD) verliere. Die Reaktion der Zentrale befeuerte die seit November 1921 – durch rückgekehrte deutsche Emigranten aus dem bolschewistischen Russland und deren Deutungen über die Märzkämpfe – entstandene »Agentenhysterie«<sup>51</sup> innerhalb der Partei. Im Januar 1922 denunzierten sie die innerparteiliche Opposition als »Agenten der KAG«.<sup>52</sup> Dass Friesland, Malzahn, Brass und ihre Anhänger:innen für eine innerparteiliche Diskussionsfreiheit und die Vertretung aller Proletarier:innen durch die KPD plädierten änderte für sie nichts: Am 23. Januar 1922 wurden sie aus der KPD ausgeschlossen. Ernst Friesland, vor einem Jahr noch schärfster Kritiker Paul Levis, schloss sich nun gemeinsam mit seinen Mitstreiter:innen der KAG an und folgte ihrem Weg zu USPD und SPD. Die »Friesland-Krise«<sup>53</sup> illustriert stellvertretend für den Umgang mit der KAG, was Hermann Weber unermüdlich in seinen Studien zur später erfolgenden Stalinisierung betonte: Verlust demokratischer Diskurselemente in der KPD, eine stärkere Bindung an Russland und eine Ausrichtung an der Politik und Programmatik der KPR.

Auch wenn die Komintern und die VKPD Levis Vorschläge zu einer Einheitsfronttaktik und breiten Agitation der Arbeiterschaft zuerst nicht teilten, ließ sich der Erfolg für die Partei – auch ohne Zutun der KAG – dennoch nicht leugnen. Die erfolgreiche Regierungsbildung aus linken Kräften in Thüringen und Sachsen Ende 1921 – die zuvor für parteiinterne Diskussionen gesorgt hatte und keineswegs beliebt gewesen war – belebte das Konzept. Am 25. Dezember 1921 verabschiedete das EKKI die *Leitsätze über die Einheitsfront der Proletarier*.<sup>54</sup> Das mag, vor dem Hintergrund des Umganges mit Personen wie Friesland oder Levi, nun zurecht verwirren. Der Anstoß zu dieser Entscheidung kam erneut aus Russland, da man unter Bolschewiki davon ausging, dass durch die angespannte wirtschaftliche Lage zunächst ohnehin keine Revolution möglich

50 Hirschinger, *Kommunistische Parteisäuberungen*, S. 48.

51 Ebenda, S. 46–47.

52 Winkler, *Von der Revolution zur Stabilisierung*, S. 535.

53 Ebenda, S. 534.

54 Hierzu weiterführend vor allem Winkler, *Von der Revolution zur Stabilisierung*, Kapitel 3.5.

sei. Sinowjew rechtfertigte den rapiden Kurswechsel anlässlich der ersten Sitzung der Erweiterten Exekutive im Februar 1922 damit, dass die internationale Revolution nach 1919 ausgeblieben sei und man nun dafür die anderen sozialistischen Parteien benötige.<sup>55</sup> Damit war die Revolution bis auf weiteres vertagt.

Im selben Monat schlug die KAG der USPD ein Treffen zur »Besprechung über eine politische und organisatorische Verständigung vor«.<sup>56</sup> Am 20. Februar 1922 wurde der Beitrittsantrag der KAG auf der Reichskonferenz der USPD einstimmig angenommen. Große Euphorie herrschte bei keiner der beiden Gruppen, trotzdem gingen Levi und seine Anhänger:innen im September 1922 auch den Schritt zur SPD mit. Die KAG blieb trotz der innerparteilichen Debatten die sie in der KPD auslöste weitgehend politisch unbedeutend und konnte, bis auf die Postulation eines anderen Planes zum Sturz des demokratischen Systems, inner- und außerparteilich nichts umsetzen. Die Vorschläge der KAG wurden konsequent zurückgewiesen und die Diskussionen um Verantwortung an den gescheiterten Märzaktionen an ihr so stark abgerieben, dass sie sich nur noch zur innerparteilichen Spaltung eignete. Das Experiment der *Kommunistischen Arbeitergemeinschaft* wurde 1927 in Thüringen wiederholt, trat dann aber als ultralinke Gruppierung auf, weswegen häufig von der »ersten« (1921–1922) und »zweiten« (1926/1927–1931) *Kommunistischen Arbeitergemeinschaft* die Rede ist.

### 3. Die Einheitsfronttaktik 1921–1924: Die Frage nach der deutschen proletarischen Revolution

Die *Einheitsfronttaktik* beschrieb Bestrebungen der KPD, die von der SPD betriebene Reformpolitik aufzugreifen, in proletarische Massenkämpfe umzuwandeln und die deutsche Arbeiterbewegung unter kommunistischer Führung zu vereinigen.<sup>57</sup> Dabei galt es für die KPD zunächst die Basis von der

55 Ebenda, S. 541.

56 Fritz, *Die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft*, S. 143.

57 Hemje-Oltmanns, Dirk, *Arbeiterbewegung und Einheitsfront. Zur Diskussion der Einheitsfrontpolitik in der KPD 1920/21*, Berlin 1973. Zu den Grundlagen der Einheitsfront in der ersten Hälfte der 1920er Jahre zudem auch Harald Jentsch, *Die KPD und der ›Deutsche Oktober‹ 1923*, Rostock 2005 sowie Flechtheim, *Die KPD. Zur zweiten Phase der Einheitsfronttaktik, bis 1933 und der damit in Verbindung stehenden Sozialfaschismusthese*, siehe vor allem Hoppe, Bert, *In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928–1933*, München 2007 sowie Richard Rohrmoser, *Antifa — Portrait einer linksradi-*

Parteiführung zu trennen, vor der gescheiterten Oktoberrevolution 1923 noch durch politische Verhandlungen zur »Zurückdrängung des sozialdemokratischen Einflusses«.<sup>58</sup> Nach 1923 änderte die KPD ihre Taktik und versuchte nun, sozialdemokratische Arbeiter:innen durch »direkte propagandistische Apelle« zu erreichen von einem Zusammengehen zu überzeugen.<sup>59</sup> Der Kurswechsel steht in direkter Verbindung zu der, 1924 von Grigori Sinowjew formulierten, *Sozialfaschismusthese*, welche die Sozialdemokratie als Stütze des bürgerlichen Kapitalismus verstand.

Die Anfänge der *Einheitsfront* und der damit in Verbindung stehenden Einheitsfronttaktik liegen im Jahr 1921, als Paul Levi – noch als Parteivorsitzender – einen Offenen Brief an die SPD und USPD richtete. In diesem warb er mit einem »Minimalprogramm« für gewerkschaftliche Zusammenarbeit, mit der er Verbesserung der wirtschaftlichen, sicherheitspolitischen und auch außenpolitischen Position der Arbeiter:innen erreichen wollte.<sup>60</sup> Obwohl die Basis für ein Zusammengehen mit der KPD gestimmt haben soll, lehnten die Vorstände Levis Vorschläge ab.<sup>61</sup> Das EKKI und das ZK hatten der *Einheitsfronttak-*

---

kalen Bewegung. Von den 1920er Jahren bis heute, München 2022 neben Gmeiner, Jena/Schulz, Markus, Deutsche Volksfront ohne Volk. Manifeste des Widerstandes, Bielefeld 2010 und Siegfried Bahne, Zur Vorgeschichte der Volksfront — Die kommunistische »Einheitsfrontpolitik« gegenüber der Sozialdemokratie in den Jahren 1933–35, in: Zeitschrift für Politik 2 (1960), S. 166–178. Zu der zweiten Phase der Einheitsfronttaktik gehörte auch die Gründung der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO) 1928/1929. Siehe hierzu beispielsweise Müller, Werner, Lohnkampf, Massenstreik, Sowjetmacht. Ziele und Grenzen der »Revolutionären Gewerkschafts-Opposition« (RGO) in Deutschland 1928 bis 1933, Köln 1988 und Heer-Kleinert, Lore, Die Gewerkschaftspolitik der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt a.M./New York 1983. Die Einheitsfronttaktik findet sich nicht nur in der europäisch-kommunistischen Politik (Deutschland und Frankreich), sondern wurde von der Komintern auch in Asien (China und Japan) bemüht. Siehe hierzu beispielsweise Greiner-Petter, Andrea, Zur Einheitsfrontpolitik der Kommunistischen Partei Japans 1922–1935, 2 Bände, Berlin 1988 sowie Mayumi, Itō, The making of China's war with Japan. Zhou Enlai and Zhang Xueliang, Singapur 2016 neben Heinzig, Dieter, Chinas Politik gegenüber der UdSSR 1976 bis 1978 auf dem Weg zur »antisowjetischen Einheitsfront«, Köln 1982 und Kuo, Heng-yü, Die Komintern und die chinesische Revolution. Die Einheitsfront zwischen der KPD Chinas und der Kuomintang 192–1927, Paderborn 1979.

58 Dapp, Teresa, Kommunistische Milieus in der Weimarer Republik. Ein Forschungsbericht, in: Archiv für Sozialgeschichte 50 (2010), S. 503–544, hier S. 522.

59 Ebenda.

60 Flechtheim, Die KPD, S. 126.

61 Ebenda.

tik 1921 formal zwar zugestimmt und sie zum neuen *modus operandi* erkoren, dennoch blieb sie parteiinterner Kritik ausgesetzt. So empfand man die Geschwindigkeit, mit der die Kooperation mit der SPD eingeleitet worden war, als zu schnell und hielt eine internationale Einheitsfront in naher Zukunft für unerreichbar.<sup>62</sup>

Mit dem Attentat auf Walter Rathenau am 24. Juni 1922 musste sich die Einheitsfront vor allem innerparteilich im Rahmen der Arbeiterdemonstrationen beweisen. In der KPD erhöhte sich so der Druck auf die geschlossenen Abkommen und gemeinsamen Aktionen mit der SPD – vor allem vonseiten des linken Flügels um Ruth Fischer und Arkadi Maslow. Die Rechten hingegen befürworteten die Einheitsfront, in der Hoffnung, man könne so »gewisse Aktionsziele und eine Verbesserung der Lage der Arbeiter«<sup>63</sup> erreichen. Sie sprachen sich für eine Mitarbeit in den *Freien Gewerkschaften* sowie Parlamentarismus aus, stellten sich theoretisch in die Tradition des Vorkriegs-Sozialismus und hielten eine Synthese von *Leninismus* und *Luxemburgismus* für vorteilhaft.<sup>64</sup> Seine Ursprünge hatte diese ideologische Kluft in der Prägung der Rechten, die größtenteils noch zum Spartakusbund gehört hatten und – im Gegensatz zu den Linken, besonders in Berlin – weniger Intellektuelle als Arbeiter und Gewerkschafter waren.<sup>65</sup> Im Jahr 1922 kam es, trotz erheblicher Kritik des »linken« Parteiflügels, zu gemeinsamen Streiks der Eisenbahnbeamten und die KPD entsandte Delegierte zu Kongressen des sozialdemokratisch durchgesetzten *Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes* (ADGB).<sup>66</sup> Darüber hinaus unterzeichnete die KPD das sogenannte *Berliner Abkommen* – eine Vereinbarung mit Gewerkschaften und sozialistischen Parteien, zur »Demokratisierung der Republik«, die eine deutliche reform-demokratische Prägung hatte.<sup>67</sup>

Auf dem rechten Parteiflügel bestand die Ansicht, dass die SPD und vor allem ihr linker Flügel unter genügend Mitarbeit und Druck der Massen, bereit wäre, sich von der Partei abzuspalten und sich der KPD und einer Revolution anzuschließen (Einheitsfront »von unten«). Dieser Druck der Massen, also der Breite aller Arbeiter:innen, wäre dann auch in den Parlamenten zu spüren. Sobald dort und in anderen Institutionen des öffentlichen und politischen

62 Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 543.

63 Weber, Wandlung des deutschen Kommunismus, S. 17.

64 Ebenda.

65 Ebenda.

66 Flechtheim, Die KPD, S. 134.

67 Ebenda, S. 136.

Lebens die Interessen der Arbeiter:innen durchgesetzt würden, müsse sich die Bourgeoisie verteidigen und es käme so zu einer Revolution (Einheitsfront »von oben«). Für die Linken in der KPD hingegen war eine solche Einheitsfront »von oben« unvorstellbar und sie rangen auch mit der Einheitsfront »von unten«, die sie lediglich als Mittel zur Abspaltung der Arbeiter:innen von der SPD akzeptierten. Diese Diskussion brach umso härter hervor, als im Januar französische und belgische Truppen im Rheinland und Ruhrgebiet einmarschierten. Nachdem sie das Rhein- und Ruhrgebiet militärisch besetzten und die Cuno-Regierung zum Generalstreik aufgerufen hatte, litt die Bevölkerung unter Hunger und Hyperinflation. Die *Ruhrkrise* befeuerte den innerparteilichen Diskurs ebenso wie die radikalen Stimmungen im Land. Die Parteivorsitzenden Brandler und Thalheimer versuchten nun, die EKKI-Lösung der Einheitsfront mit der aktuellen politischen Lage in Einklang zu bringen und gleichzeitig dem revolutionären Drängen der Linken gerecht zu werden. Zu Verdruss dieser, hielt die rechte Parteiführung eine Revolution ohne die Kräfte der SPD für undurchführbar. Auch Karl Radek setzte sich nun für die Einheitsfront ein und setzte sich auf einer Geheimsitzung der KPD für eine »loyale Durchführung der Parteitagebeschlüsse gegen Fraktionsbildung«<sup>68</sup> ein. Besonders trennscharf fiel die Programmatik eines Einheitsfrontkurses der KPD zu dieser Zeit aber nicht aus, zumindest nicht in Bezug auf die Sozialdemokratie (siehe Abschnitt zur *Schlagetertaktik*). Das wiederum änderte aber nichts zarten Erfolgen: Hermann Weber attestierte der KPD während der Ruhrkrise einen stetig wachsenden Einfluss der KPD, der es vermutlich zeitweise gelang, die Mehrheit der sozialistisch orientierten Arbeiter auf ihre Seite zu ziehen.<sup>69</sup> Trotz tiefgreifender programmatischer und ideologischer Unterschiede, schuf die »ambivalente Mischung aus Intimität und Distanz, diese Gemengelage aus Gemeinsamkeit, Ähnlichkeit, Differenz und Gegnerschaft begründete nicht unbedingt Freundschaft [...] aber Nähe«.<sup>70</sup> Ob dies aber wirklich auf einen taktischen und programmatischen Erfolg der Einheitsfront

68 Ebenda, S. 139.

69 Weber, Wandlung des deutschen Kommunismus, S. 44. Harald Jentsch beurteilte den Einfluss der KPD auf die Arbeiterschaft etwas vorsichtiger, in Jentsch, Deutscher Oktober, S. 209. Michael Wildt schilderte, dass die Versuche der »proletarischen Mobilisierung an der Ruhr [...] auf wenig Gegenliebe« stießen, in Wildt, Michael, Zerbrostene Zeit. Deutsche Geschichte 1918–1945, München 2022.

70 Mallmann, Klaus-Michael, Gehorsame Parteisoldaten oder eigensinnige Akteure? Die Weimarer Kommunisten in der Kontroverse, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 49 (1999), S. 406.

zurückzuführen ist, oder eher in äußeren Faktoren und wirtschaftspolitischen Umstände wurzelt, ist noch nicht abschließend feststellbar.

Innerhalb der KPD wurde nun auch die Möglichkeit diskutiert, mit der SPD eine Regierung zu bilden. Hatte man zuvor versucht, die SPD und ihre Reformpolitik als für die Arbeiterschaft unzureichend zu »entlarven«, sah man nun die Möglichkeit, aus der Koalition eine *Arbeiterregierung* werden zu lassen.<sup>71</sup> In der Folge entbrannte in der KPD ein Streit darüber, ob diese als Parlamentarismus (rechter Flügel) oder als *Diktatur des Proletariats* (linker Flügel) zu verstehen sei.<sup>72</sup> In Sachsen (10. Oktober 1923) und Thüringen (16. Oktober 1923) bildete die KPD schließlich im Herbst 1923 gemeinsam mit der SPD eine rot-rote Minderheitsregierung,<sup>73</sup> die damit erstmalig formal die Vorstellungen der Einheitsfront erfüllte und sich am Parlamentarismus orientierte. Durch die von Komintern angeordnete zur Regierungsbeteiligung angewiesen,<sup>74</sup> gelang es der KPD in diesen beiden Ländern ein Verbot der Proletarischen Hundertschaften zu verhindern, die sich schon seit August 1923 für eine bewaffnete Revolution ausrüsteten. Zu weiteren »außerparlamentarischen Machtfaktoren« – die man im Rahmen der Einheitsfront ausbauen wollte, um den proletarischen Umsturz durchführen zu können – gehörten unter anderem die Stärkung der Betriebsräte und die Bildung von Ausschüssen, die Kontrollfunktionen und die Koordinierung von bewaffneter Abwehr und Angriff übernehmen sollten.<sup>75</sup> Als die Reichswehr Ende Oktober bis Anfang November in Mitteldeutschland einmarschierte, um die Einheitsfrontregierungen auf Basis einer Notverordnung aufzulösen, veröffentlichte die KPD ein Flugblatt, in dem die sozialdemokratischen Arbeiter:innen dazu aufgerufen wurden, die Einheitsfront zu verteidigen.<sup>76</sup> Der SPD-Vorstand hatte aber bereits im September allen Parteiorganisationen und Mitglieder:innen gegenüber das Verbot ausgesprochen, im Fall einer bewaffneten Auseinandersetzung mit der Reichswehr

71 Flechtheim, Die KPD, S. 134.

72 Ebenda.

73 Siehe zu den rot-roten Einheitsfrontregierungen auch Kachel, Steffen, Ein rot-roter Sonderweg? Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 bis 1949, Göttingen, 2011 und Leimbach, Timo, Parlamentarische Integration vs. Stalinismus? Die KPD-Fraktion im Landtag von Thüringen 1920–1932, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 5 (2018) S. 43–60.

74 Angress, Werner T., Stillborn Revolution – Die Kampfzeit der KPD 1921–1923, Bonn 1973, S. 436–437.

75 Jentsch, Deutscher Oktober, S. 206.

76 Ebenda, S. 231.

»auf das kommunistische Angebot einer ›Einheitsfront von unten‹ einzugehen«. <sup>77</sup> Thüringen und Sachsen wurden von der Reichswehr besetzt und die Einheitsfrontregierungen gewaltsam abgesetzt, was in der KPD die Rufe nach einem Losschlagen der proletarischen Revolution lauter werden ließen. Verstärkt wurde dies durch die – ausgehend von der Ruhrbesetzung – massiv verschlechterten Lebensbedingungen für die arbeitende Bevölkerung. Es stand sowohl für Teile der KPD als auch der linken SPD fest, dass keine der beiden Parteien genügend Gewicht für einen geplanten alleinigen Widerstand, noch für eine bewaffneten Revolution aufbringen konnte. Und das obwohl vor allem führende Teile der linken KPD – durch die Kulmination von Ruhrbesetzung und »latenter Revolutionsstimmung« <sup>78</sup> in Mitteldeutschland – die innenpolitische Lage für geeignet hielten.

So terminierte die EKKI in Absprache mit der KPD das Datum für die Revolution Anfang Oktober 1923 auf den 9. November 1923. Der Termin wurde durch eine geplante Einberufung des Reichsbetriebsrätekongresses, angeregt durch Brandler, durch die Zentrale bestätigt. Innerhalb der KPD-Zentrale begann man bereits im Sommer 1923 mit Plänen für eine deutsche Revolution, da sich vor dem Hintergrund der Ruhrbesetzung Zuversicht breit machte. Nun standen Brandler und Thalheimer aber vor der Herausforderung ihre Kampfverbände und die Basis in viel kürzer Zeit für eine bewaffneten Revolution auszurüsten und auf die bevorstehenden Kämpfe vorzubereiten. Man hielt sich dabei an die Pläne die schon im Sommer ausgearbeitet wurden: Initialkämpfe in Thüringen und Sachsen, Vermeidung von Kampfhandlungen im Ruhrgebiet und Bayern durch respektive die französische Militärpräsenz und erstarkende Faschisten sowie die Vorbereitung zur Bildung eines Reichsbetriebsrätekongresses zur Proklamation der proletarischen Revolution. <sup>79</sup> Sorge bereitete der Parteiführung vor allem die Bewaffnung ihrer *proletarischen Hundertschaften* in Mitteldeutschland und der Arbeiterschaft in den anderen Gebieten der Weimarer Republik.

Hoffnungen, die die KPD in Aufrufe an sozialdemokratische Arbeiter:innen die Einheitsfront zu verteidigen, gelegt hatte wurden enttäuscht: Ein geplanter Generalstreik in Chemnitz zum Auftakt der proletarischen Revolution

77 Ebenda, S. 212.

78 Borchardt, Knut, Grundriss der deutschen Wirtschaftsgeschichte, Göttingen 1975, S. 542.

79 Jentsch, Deutscher Oktober, S. 206–207.

wurde durch die SPD abgelehnt.<sup>80</sup> Die KPD wich in der Folge auf Hamburg aus – dort sollte nun ein Aufstand den Auftakt der Revolution verkünden. Der *Hamburger Aufstand* (gelegentlich auch *Barmbeker Aufstand*) und die Ereignisse die zu den blutigen Auseinandersetzungen zwischen Hamburger Kommunisten und der Polizei sowie Gegenrevolutionären führten, wurden in der Vergangenheit rege diskutiert. Eine stetig rekurrierende Frage stellte dabei die Rolle eines Kuriers dar, dessen Bedeutung und Person wiederholt aufgegriffen wurden und mittlerweile als nachgewiesen und belegt gilt. Auf der Polbüro-Sitzung vom 20. Oktober erhielt man Meldung aus Kiel, dass dort nicht nur ein Generalstreik stattfinden solle, sondern dass die örtlichen Kommunist:innen dort seien ausreichend bewaffnet seien. Man schickte den Kurier Hermann Remmele, Mitglied des Reichstages für die KPD, nach Kiel, um die Lage zu überprüfen und dann gegebenenfalls vor Ort die Kieler Kommunisten zum Losschlagen zu bewegen, um im Anschluss die Bewegung auf Bremen, Hamburg und Mecklenburg auszuweiten. In Hamburg begann die KPD umgehend, sich auf einen Aufstand vorzubereiten – ungeachtet der Entscheidungen die man Chemnitz getroffen hatte. Maßgeblich daran beteiligt war August Thälmann, der ranghöchsten Funktionär des Bezirks Wasserkante, der sich von einer schnellen und bestenfalls erfolgreichen Kampfhandlung einen persönlichen parteipolitischen Vorteil erhoffte. Der *Hamburger Aufstand*, der in der Nacht vom 24. zum 25. Oktober nach knapp zwei chaotischen Tagen endete, forderte insgesamt über 100 Tote und Verletzte. Durch den erfolglosen Hamburger Aufstand, der »die einzige bewaffnet geführte Kampfhandlung des ›deutschen Oktobers‹« war,<sup>81</sup> war für die Partei evident geworden, dass in Deutschland im Herbst 1923 keine Revolution ausbrechen würde.

In der Folge der Oktoberniederlage gingen die Linken hart mit den Rechten und der von ihnen geförderten Einheitsfronttaktik ins Gericht. Sie waren überzeugt davon, dass das Festhalten an der Einheitsfront und ein zu großer Fokus auf Sachsen und Thüringen zur Niederlage geführt hatte und ihnen schloss sich die sogenannte »Mittelgruppe« an. Die Rechten hatten ihnen nicht viel entgegensetzen und entschieden sich dafür, an ihrem Kurs festzuhalten, der an der Stabilisierung der Arbeiterklasse in einer weiterhin revolutionären Situation. Die Linken und die Mittelgruppe drängten allerdings weiterhin auf eine schnelle, vollständige Revolution und die »Zermalmung der Rechten«.<sup>82</sup> Sie

80 Ebenda, S. 234.

81 Ebenda, S. 239–244.

82 Weber, Wandlung des deutschen Kommunismus, S. 58–60.



bestimmten den Diskurs für sich und stürzten die Parteiführung, deklarierten Brandler einen »Verräter«, machten ihn für die Niederlage und die vermeintlich verpasste Revolutionsmöglichkeit im Sommer 1923 verantwortlich.<sup>83</sup> Von der SPD entfernte man sich programmatisch deutlich durch die *Sozialfaschismusthese*, die auch eine Zäsur für die Einheitsfront bedeutete.

Im Rahmen der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit und Diskussion der Einheitsfront wurde auch die Frage aufgeworfen, inwiefern die Basen der beiden Parteien diese mittrugen und wie durchführbar sie tatsächlich gewesen wäre. Dabei spielt auch die Frage nach der Handlungsmacht von Ortsgruppen der KPD und deren (Un-)Abhängigkeit von Losungen der Komintern und Parteizentrale eine große Rolle. Als erster hat Klaus-Michael Mallmann dieses Verhältnis untersucht und damit eine Gegenposition zur der, von Hermann Weber begründeten, Stalinisierungsthese entwickelt, was eine Forschungskontroverse zur Folge hatte.<sup>84</sup> Mallmann entwickelte seine These unter anderem vor dem Hintergrund eines »linksproletarischen Milieus«. Die Implikationen die das für die Stalinisierungsthese besitzt, sind an dieser Stelle – wenn auch interessant und vieldiskutiert – sekundär. Für die Einheitsfront würde die Existenz eines solchen parteiübergreifenden sozialistischen Milieus in der Konsequenz eine fast lückenlos durchgeführte gemeinsame Politik (nach Überwindung der ideologischen Spaltung) und ein ebenso lückenloses Zusammengehen in den bedeutenden Momenten der Einheitsfronttaktik bedeuten. Idealerweise wäre diese so ausgefallen, wie die jeweilige Parteizentrale die Einheitsfront gedeutet hätte, für das Jahr 1923 also nach der Strategie der Rechten und einer Einheitsfront »von oben« zur Bildung einer Einheitsfront »von unten«. Dass aber versuchte Aufstände und Streiks, wie beispielsweise in Hamburg, oder die bestehenden rot-roten Regierungen in Sachsen und Thüringen nicht ausreichten, um die Arbeiterschaft zu einem bewaffneten Kampf zu bewegen, spricht dagegen. Harald Jentsch hat bereits darauf hingewiesen, dass die Masse der Arbeiterschaft »mit den Auffassungen und der Politik der KPD sympathisieren« mochte, dies aber nicht ausreichte um »um ihre angestammte Passivität in Aktivität zu verwandeln und sie zum Wagnis

83 Flechtheim, Die KPD, S. 149–151.

84 Die gesamte Debatte um die Stalinisierung wurde von Rübner, Hartmut, Kommunistische Bewegung in der Weimarer Republik und im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Neuere Untersuchungen und Forschungsschwerpunkte (Teil Eins), in: Sozial.Geschichte Online 34 (2023), S. 98-107 konzise dargestellt.

eines bewaffneten Aufstandes zu motivieren«. <sup>85</sup> Sicherlich kommt, durch die EKKI-Losung der Einheitsfront auch noch eine latente Verunsicherung hinzu, die vor allem aus dem programmatischen Ringen der Rechten und Linken um den Parteikurs entstand.

So oszillierte beispielsweise die *Bergische Arbeiterstimme* <sup>86</sup> im Jahr 1923 stets zwischen rechter Parteilinie und linker Agitation gegen die SPD-Führung. Im Januar 1923 publizierte sie den Artikel »Ein sozialdemokratisches Urteil über sozialdemokratische Politik«, in dem die Steuerpolitik (Zurückhaltung der Steuer am Zahltag) der SPD auf Reichsebene als »schändliche Opferung der Arbeiterschaft« eingeordnet wurde. <sup>87</sup> Wenige Wochen später, im März 1923, erklärte die Bergische Arbeiterstimme feierlich eine »vernichtende Niederlage für die rechtsstehende Führerclique« der SPD auf dem sächsischen Landesparteitag, die gleichzeitig einen »Sieg der sozialdemokratischen Massen über die Stinneskoalitionsgeleüste ihres rechtsstehenden Führer [sic!] ist«. <sup>88</sup> Einige Tage später druckte sie darüber hinaus die Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion aus SPD und ADGB des Internationalen Frankfurter Kongresses, »Krieg dem Kriege!«, in dem die linke SPD-Fraktion von der Notwendigkeit sprach »daß die Arbeiterklasse national und international die Einheitsfront schließt«. <sup>89</sup> Anfang Oktober warnte auch die *Bergische Arbeiterstimme* vor »der heranmarschierenden Konterrevolution« und forderte gemeinsam mit der ADGB die Arbeiter:innen auf: »Rüstet euch zu wirksamer Abwehr der Angriffe der Konterrevolution. Schlagt alle Angriffe auf den Achtstundentag ab. Schlagt alle Angriffe auf die sächsischen und thüringischen Proletarier ab, indem ihr überall im Reiche eure einheitliche Kampffront errichtet«. <sup>90</sup> Nach dem die

85 Jentsch, Deutscher Oktober, S. 209.

86 Die Bergische Arbeiterstimme war das Presseorgan der KPD-Hochburg Solingen, das von der USPD zur KPD überging. Durch diese historische Nähe zur SPD, lohnt es sich, die Darstellungen der Ereignisse des Jahres 1923 in der Bergischen Arbeiterstimme zu betrachten. Siehe weiterführend zur Bergischen Arbeiterstimme vor allem Wünderich, Volker, Arbeiterbewegung und Selbstverwaltung. KPD und Kommunalpolitik in der Weimarer Republik. Mit dem Beispiel Solingen, Wuppertal 1980.

87 Bergische Arbeiterstimme vom 4. Januar 1923, »Ein sozialdemokratisches Urteil über sozialdemokratische Politik« (34, 3), Solingen 1923.

88 Bergische Arbeiterstimme vom 7. März 1923, »Die sächsischen sozialdemokratischen Arbeiter durchkreuzen die Stinneskoalition« (34, 56), Solingen 1923.

89 Bergische Arbeiterstimme vom 21. März 1923, »Krieg dem Kriege! Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion auf dem Kongreß in Frankfurt« (34, 68), Solingen 1923.

90 Bergische Arbeiterstimme vom 6. Oktober 1923, »Einigt, rüstet und verteidigt euch gegen die heranmarschierende Konterrevolution!« (34, 207), Solingen 1923.

Reichsregierung in der *Causa* Sachsen und Thüringen die Notverordnung verabschiedet hatte, titelte die Bergische Arbeiterstimme »Die großkapitalistische Diktatur errichtete mit Hilfe der Sozialdemokraten«<sup>91</sup> und zeigte sich enttäuscht über die Erklärung der »USPD-Opposition«, die zwangsweise für die Notverordnung gestimmt haben sollte.

Wie aussagekräftig diese Artikel für die Gesamtrezeption der Einheitsfronttaktik in der breiten Masse der KPD sind, bleibt fraglich. So hat Klaus-Michael Mallmann bereits darauf hingewiesen, dass durchaus eine erstaunlich große Divergenz zwischen der Anzahl an Mitglieder:innen einer Ortsgruppe und den tatsächlichen Abonnent:innen der parteilichen Presseorgane vorlag.<sup>92</sup> Zudem zeigt sie nur ein lokales Umgehen mit der Parteilinie, das je nach Region unterschiedlich ausgeprägt war. Teresa Dapp hat darauf hingewiesen, dass sich im Saarland – »wo die NSDAP stets außerordentlich schwach an Mitgliedern und Wählern war«<sup>93</sup> – keine Bestrebungen zur Gründung einer Einheitsfront beobachten lassen. Sie führte somit die Gründung von Einheitsfronten in verschiedenen Orts- und Landesverbänden Ende der 1920er Jahre in erster Linie auf gemeinsam empfundenes Bedrohungsgefühl durch die erstarkenden Nationalsozialisten zurück. Mallmanns These folgend sieht sie dort ein »Gefühl der Zusammengehörigkeit« gegeben, das je nach lokalen und regionalen Gegebenheiten stärker oder schwächer ausfiel.<sup>94</sup> Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch Joachim Häberlen in seiner Betrachtung des linksproletarischen Milieus in Leipzig zum Ende der Weimarer Republik, in dem sich (gewaltsame) Konflikte häuften und die politischen Ziele

91 Bergische Arbeiterstimme, »Die großkapitalistische Diktatur errichtet mit Hilfe der Sozialdemokraten«.

92 Mallmann, Klaus-Michael Gehorsame Parteisoldaten oder eigensinnige Akteure? Die Weimarer Kommunisten in der Kontroverse. Eine Erwiderung, in: Vierteljahreshefte zur Zeitgeschichte 47 (1999), S. 401–415 (47,3). Der Artikel erschien als Erwiderung auf Andreas Wirschings Rezension von Mallmanns Habilitationsschrift, die die These der Stalinisierung in Frage stellte und damit eine Forschungskontroverse eröffnete. Siehe zur Habilitationsschrift Mallmann, Klaus-Michael, Sozialgeschichte des deutschen Kommunismus, Göttingen 1995 und für die Besprechung durch Wirsching, Andreas, »Stalinisierung« oder entideologisierte »Nischengesellschaft«? Alte Einsichten und neue Thesen zum Charakter der KPD in der Weimarer Republik, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 45 (1997), S. 449–466.

93 Dapp, Kommunistische Milieus, S. 523.

94 Ebenda, S. 523–524.

so weit voneinander abrückten, dass auch »vage Vorstellungen von Sozialismus [...] gemeinsame Traditionen [...] oder der Glaube an die Wichtigkeit einer geeinten Arbeiterbewegung« diese nicht überbrücken konnten.<sup>95</sup> Beide Beobachtungen decken sich mit den Bedingungen zur Bildung der rot-roten Regierungen in Sachsen und Thüringen, die vor allem auf Basis einer Sorge vor faschistischen Märschen nach Berlin geführt wurden.<sup>96</sup> Mit einer freiwilligen Einheitsfront – die auf Überbrückung der ideologisch-programmatischen Differenz und nicht auf Zweckmäßigkeit beruhte – hat dies nicht viel gemein. Grundsätzlich scheint die Parteizentrale unter Brandler und Thalheimer die innen- und außenpolitische Situation und die daraus resultierende Stimmung in der deutschen und der europäischen Arbeiterschaft falsch eingeschätzt zu haben. So rechnete man der KPD-Spitze mit einer Welle der Solidarität in den Nachbarländern, insbesondere aus Frankreich und Belgien. So titelte auch die *Bergische Arbeiterstimme* Anfang Januar 1923 »Französische und Deutsche Arbeiter für den Kampf gegen Imperialismus und gegen internationale Kapitaldiktatur«.<sup>97</sup> Die internationalen Proteststreiks, auf die die KPD gehofft hatte, blieben aber aus. Resigniert stellte Heinrich Brandler schon im April 1923 fest: »Wir haben uns geirrt und einen schweren Fehler gemacht«.<sup>98</sup>

Der Einheitsfrontbegriff erlebte in der KPD seine rhetorische und politisch-programmatische Wiedergeburt als »Einheitsfront von oben« von 1929 bis zur »Machtergreifung« durch die Nationalsozialisten, sowie bei der »Zwangsvereinigung« von SPD und KPD zur SED.<sup>99</sup> Dadurch wurde die Einheitsfront auch in der DDR zu einem Gegenstand wissenschaftlicher Betrachtungen, so beispielsweise in den Quelleneditionen Arnold Reisbergs zur Einheitsfront.<sup>100</sup> Es sei an dieser Stelle erwähnt, dass Forschungsbeiträge, die

95 Häberlen, Joachim C., Kameradschaft mit dem Messer? Zum Zerfall des linksproletarischen Milieus in Leipzig am Ende der Weimarer Republik, in: Archiv für Sozialgeschichte 53 (2013), S. 223–243.

96 Jentsch, Deutscher Oktober, S. 219.

97 Bergische Arbeiterstimme vom 9. Januar 1923, »Deutsch-französisches Großkapital für Ruhrbesetzung« (34, 7), Solingen 1923.

98 Zitiert nach Wildt, Zerborstene Zeit, S. 124.

99 Siehe zur »Zwangsvereinigung« der SED und KPD in der DDR, auch in kritischer Beurteilung der Begrifflichkeit und Zuschreibung »Zwang«, unter anderem Clegg, Juliane, Die Vereinigung von SPD und KPD zur SED, in: Politik und Gesellschaft 2 (2016), S. 95–128.

100 Reisberg, Arnold, Aus den Quellen der Einheitsfrontpolitik, Band 1 und 2, Berlin 1971. Von Arnold Reisberg ist zudem eine Promotionsakte von 1964 zu selbigem Thema im Bundesarchiv vorhanden: BArch DY 30/5972. Der Dietz Verlag veröffentlichte darüber

sich mit der historischen Betrachtung der Forschung an den Weimarer KPD beschäftigen, aktuell noch ausstehen. Es könnte lohnend sein, den Einheitsfrontbegriff, seine ideologischen Prägungen sowie politischen Auslegungen aus wissenschaftshistorischer Perspektive zu betrachten und einem deutsch-deutschen Vergleich zu unterziehen.

#### 4. Der Schlageter-Kurs: Anbiederung, Ahnungslosigkeit oder Populismus?

Im Rahmen der französisch-belgischen Ruhrbesetzung änderte die, vom rechten Flügel geleitete, KPD nicht nur vor dem Hintergrund der Einheitsfronttaktik ihren politischen Kurs. Ausgehend von der antifranzösischen Agitation der völkisch-nationalen Kreise erhitzte sich die Stimmung und Nationalisten verübten im Namen des »Ruhrkampfes« Sabotageaktionen und Attentate auf die Infrastruktur und das Militär der Besatzer. Auch die KPD schloss sich dem Kampf an – für sie ging es aber vielmehr um eine Provokation des »internationalen Kapitals« und man sah nun die Zeit für den Ausbruch einer gesamtdeutschen Revolution gekommen.

Nach dem Anschlag Albert Leo Schlageters auf die Bahnverbindung bei Kalkum im März 1923 – der später posthum zu einem Märtyrer des Nationalsozialismus und der völkisch-nationalistischen Idee ausgerufen wurde – hielt Karl Radek eine schon von Zeitgenossen vieldiskutierte Rede zum kommunistischen Kurs. Auf der 3. Erweiterten Tagung des EKKI am 20. Juni 1923 sprach er sich mit »Leo Schlageter – der Wanderer ins Nichts« für einen Richtungswechsel in der Causa Ruhrkampf aus. Er erklärte Schlageter zu einem Beispiel des in einem Nationalisten erwachten Klassenkämpfers, der Vorbild für all jene sei, die noch dem Faschismus anhängen. Es gelte nun »die ehrlichen, patriotischen Massen, die gegen die französische imperialistische Invasion kämpfen wollten« zu sammeln. Radek bediente in seiner umstrittenen *Schlageter-Rede* neben einer Kriegsromantik, einem kriegerischen Männerbild und der Anbiederung mit faschistischer Sprache auch eine Rhetorik des »Wir gegen Die«. Er spricht von einem Kampf »gegen einen Feind, der bis auf die

---

hinaus im Jahr 1991 eine marxistisch geprägte Studie zur Märzaktion, in der unter anderem von »Monopolkapital«, »Knechtung Deutschlands durch die Siegermächte« und den »Chemieherren« aus der Industrie die Rede ist. Siehe hierzu auch Weber, Stefan, Ein kommunistischer Putsch? – Märzaktion 1921 in Mitteldeutschland, Berlin 1991.

Zähne bewaffnet ist, während Deutschland zermürbt ist«<sup>101</sup> und beschwört eine »Einheitsfront der Arbeitenden« – die ohnehin aus »der Mehrheit des deutschen Volkes« bestehe.<sup>102</sup> Den Feind bildeten »Eisen- und Kohlenkönige« und die kapitalistische Entente.<sup>103</sup> Radek verkündet daraufhin Schlageter zu einem Vorreiter des gesamtdeutschen Klassenkampfes, einem »Wanderer in eine bessere Zukunft der gesamten Menschheit«.<sup>104</sup> Dieser Brückenschlag zur nationalrevolutionären Rechten sorgte in der Folge für »literarischen Waffengängen zwischen Kommunisten und Nationalisten«.<sup>105</sup> Die Rote Fahne publizierte deutschvölkische Artikel des Nationalsozialisten Ernst Graf zu Reventlows und Karl Radek brachte gemeinsam mit Arthur Moeller van den Bruch, dem Schöpfer des Begriffs »Drittes Reich«, eine Aufsatzsammlung heraus. Grundsätzlich herrschte in weiten Teilen unter Nationalisten aber eher Verunsicherung über den Umgang mit den Annäherungsversuchen der KPD.<sup>106</sup>

Die Gründe für Radeks Versuch, mit Teilen des deutschnationalen und völkischen Lagers gegen die Besetzung und die Weimarer Republik mobil zu machen, werden auf veränderte russische außenpolitische Interessen zurückgeführt.<sup>107</sup> Russland hätte von einer deutsch-russischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit profitiert – mit dem »Curzon-Ultimatum« im Mai 1923 aber verabschiedete die Komintern sich fürs Erste von der Illusion, die Weimarer Republik als Schutzwall vor dem »Internationalismus« zu etablieren und griff nun auch die Cuno-Regierung an.<sup>108</sup> Hinzu kommt, dass die Ruhrbesetzung vor allem die kleinbürgerliche Mittelschicht in Aufregung versetzte, die man in der kommunistischen Lesart entweder »aktiv auf ihre Seite ziehen oder wenigstens in einer passiven Neutralität halten«<sup>109</sup> musste. Radek soll darüber hinaus – durch die politischen Entwicklungen und Erfolge der konterrevolutionären bis faschistischen Parteien in Deutschland, Italien, Polen und Bulgarien – »neue Möglichkeiten die Weltrevolution zu initiieren« gesehen

---

101 Weber, Dokumente, S. 146.

102 Ebenda.

103 Ebenda, S. 143–144.

104 Ebenda, S. 147

105 Flechtheim, Die KPD, S. 141.

106 Dupeux, Nationalbolschewismus, S. 178.

107 Flechtheim, Die KPD, S. 141.

108 Dupeux, Nationalbolschewismus, S. 180.

109 Jentsch, Deutscher Oktober 1923, S. 114.

haben.<sup>110</sup> Nachdem seine Rede innerparteilich zu Auseinandersetzungen geführt hatte, erklärte er im Juli 1923 seine Intention vor der KIJ. Für Radek sei es illusorisch zu glauben, die Arbeiterklasse allein könne das kapitalistische System stürzen und sah als »erste Bedingung sei eine ›Koalition mit den nichtkommunistischen Arbeiterparteien‹, eine ›Einheitsfront des Proletariats‹«, <sup>111</sup> Hinzu kam, dass der »linke« Parteiflügel um Thälmann, Fischer und Maslow im Ruhrkampf den Beginn der proletarischen Revolution sahen und die Parteizentrale – die vom »rechten« Parteiflügel gehalten wurde – unter Druck setzte.<sup>112</sup> Die Zentrale versuchte daraufhin, die Forderungen nach einer Revolution mit der Einheitsfront-Losung der Komintern in Einklang zu bringen.<sup>113</sup>

Louis Dupeux bewertete die Schlageter-Rede in seiner wegweisenden Studie zum *Nationalbolschewismus* als »neue Strategie« auf dem Weg zur zweiten proletarischen Revolution in Deutschland,<sup>114</sup> und kritisierte als Erster die vorherige Lesart, es handele sich um ein Zusammengehen mit faschistischen Parteien und Kräften.<sup>115</sup> Neben Dupeux wiesen in vergangenen Jahren auch Harald Jentsch und Olaf Kistenmacher<sup>116</sup> darauf hin, dass die »Schlageter-Rede« keineswegs ein Aufruf zum gemeinsamen Kampf mit Faschisten und faschistischen Kräften sei. Folgen wir an dieser Stelle dem Politikwissenschaftler Dietmar Schirmer und seinen Beobachtungen zum Populismus, lässt sich in dem

---

110 Ebenda, S. 115–116.

111 Ebenda, S. 117.

112 Dupeux, *Nationalbolschewismus*, S. 179–180.

113 Ebenda, S. 179.

114 Ebenda, S. 190.

115 Ebenda, S. 187–189. Zur Deutung des Schlageter-Kurses als Zusammengehen mit faschistischen Parteien und Akteuren siehe Carr, Edward Hallett, *A history of Soviet Russi. The Interregnum 1923–1924*, London 1954 und Schüddekopf, Linke Leute von Rechts. Zum bereitwilligen Betreten des Kurses siehe Heinrich August Winkler, *Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie*, München 2019 sowie Angress, Werner Thomas, *Die Kampfzeit der KPD 1921–1923*, Düsseldorf 1973 und Enzo Traverso, *Die Marxisten und die jüdische Frage. Eine Debatte (1843–1943)*, Mainz 1995.

116 Kistenmacher, Olaf, *National und bolschewistisch – nicht nationalbolschewistisch. Die Kommunistische Partei Deutschlands zur Zeit der Weimarer Republik*, Manuskript für einen Vortrag im Rahmen der Veranstaltung »Rot-braune Bündnisse? Zum Verhältnis von Kommunisten und Nationalsozialisten in der Weimarer Republik«, in Hamburg am 27. April 2016, [https://www.rote-ruhr-uni.com/cms/IMG/pdf/Kistenmacher\\_National\\_und\\_bolschewistisch\\_27\\_April\\_2016.pdf](https://www.rote-ruhr-uni.com/cms/IMG/pdf/Kistenmacher_National_und_bolschewistisch_27_April_2016.pdf), zuletzt abgerufen am 20. Juli 2024.

Umgang der KPD mit Schlageter noch etwas anderes erkennen. Die Erweiterung des Adressatenkreises – Dupeux hat darauf hingewiesen, dass Radek die Faschisten ganz direkt in seiner Rede adressiert<sup>117</sup> – erhöht »das Mobilisierungspotenzial des populistischen Diskurses, denn je geringer die Bindung an konkrete Inhalte, desto größer das Reservoir derer, die anschlussfähige Enttäuschungen erlebt haben«. <sup>118</sup> An dieser Stelle ausführlich auf die Definitionsdiskurse und Theorien der Populismusforschung<sup>119</sup> einzugehen, ist nicht möglich. Für uns an dieser Stelle relevant ist, dass Populismus eine Welt und damit auch eine Politik konstruiert die: »auf der einen Seite der Grenze das ›Volk‹ konstituiert; auf ihrer anderen Seite finden sich alle, die nicht zum Volk gehören, also politische, wirtschaftliche und intellektuelle Eliten, ihre Günstlinge und alle, die als Fremde identifiziert werden«. <sup>120</sup> Kolja Möller definiert das darin inhärente Versprechen als perspektive Entmachtung der »Eliten«, die »eine grundlegende Neuordnung der Machtverteilung« nach sich ziehe. <sup>121</sup> Wenn auch die Bedeutung und das tatsächliche Auftreten von Populismus und populistischen Strategien und Diskursformen in der Weimarer Republik umstritten sind, haben neben Dupeux<sup>122</sup> auch Historiker wie Peter Fritzsche<sup>123</sup> die Bedeutung einer (rechts-)populistischen Entleerung des innen- und außenpolitischen Diskurses festgestellt. Für einen »Linkspopulismus«, etwa der KPD, stehen noch umfangreiche Untersuchungen aus. Die Tendenz, dass Karl Radek populistische Taktiken verwendet, um das revolutionäre Potenzial des rechtskonservativen Lagers Ruhrkampfes im Sinne der Sowjets für den Ruhrkampf auszuschöpfen, findet sich auch bei Ruth Fischer<sup>124</sup> wieder.

117 Dupeux, Nationalbolschewismus, S. 186.

118 Schirmer, Dietmar, Die populistische Konjunktur. ›Movement‹ und ›Counter-Movement‹ im Zeitalter der ökonomischen Globalisierung, Wiesbaden 2017, S. 146.

119 Zum Einstieg eignen sich unter anderem Ernesto Laclau, On Populist Reason, London 2005 und Paul Taggart, Populism, Buckingham 2000.

120 Schirmer, Populistische Konjunktur, S. 146.

121 Möller, Kolja, Der Populismus als Forschungsgegenstand in Politik- und Sozialwissenschaft, in: Kolja Möller (Hg.), Populismus. Ein Reader, Frankfurt a.M. 2022, S. 7–52, hier S. 11.

122 Dupeux erwähnt en passant eine »Art von patriotischem Populismus« in Radeks Rede. Siehe: Dupeux, Nationalbolschewismus, S. 187.

123 Fritzsche, Peter, Rehearsals for Fascism. Populism and Political Mobilization in Weimar Germany, New York/Oxford 1990. Fritzsches Studie beschäftigte sich mit der rechtspolitischen Agitation der NSDAP im Raum Mitteldeutschlands.

124 Siehe zur Biografie von Ruth Fischer vor allem Keßler, Mario, Ruth Fischer. Ein Leben mit und gegen Kommunisten (1895–1961), Köln 2013.



Ihr Auftritt auf der Veranstaltung »Wofür starb Schlageter? Kommunismus, Faschismus und die politische Entscheidung der Studenten« vor kommunistischen und völkischen Studenten in Berlin im Sommer 1923, von dem lediglich Überlieferungen ihrer Rede im sozialdemokratischen *Vorwärts* erhalten geblieben sind,<sup>125</sup> wurde wie auch Radeks Schlageter-Rede stark diskutiert, rezipiert und untersucht. Ihr Ausruf, den sie in Richtung der völkischen Studenten tätigte, entflamte in der Vergangenheit eine Debatte über Antisemitismus in der KPD und galt, vielzitiert, gleichsam als Beweis:

»Sie rufen gegen das Judenkapital, meine Herren? Wer gegen das Judenkapital aufruft, meine Herren, ist schon Klassenkämpfer, auch wenn er es nicht weiß. [...] *Tretet die Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie.* Aber, meine Herren, wie stehen Sie zu den Großkapitalisten, den Stinnes, den Klöckner...?«<sup>126</sup>

Ruth Fischers Motive, sich als Jüdin in diesem Maße antisemitisch zu äußern, werden seit Längerem diskutiert und sind an dieser Stelle nur von rudimentärer Bedeutung. Zunächst galt die Annahme, dass Fischer und die Berliner KPD versucht hatten, den Schlageter-Kurs und die inhärente Anbiederung mit völkisch-nationalistischen Kreisen durch den glühenden Antisemitismus zu entlarven und gewissermaßen ins Lächerliche zu ziehen.<sup>127</sup> Olaf Kistenmacher hat aber zurecht auf die Ebene der vermeintlichen »jüdischen Weltverschwörung« und judenfeindlichen Konnotationen, Stereotype und Eigenschaften hingewiesen, die Fischer in ihrer Rede bediente.<sup>128</sup> Indem sie dem Judentum zuschrieb, eine im Verborgenen agierende Übermacht zu sein,

125 »Hängt die Judenkapitalisten. Ruth Fischer als Antisemitin«, im *Vorwärts* vom 22. August 1923. Es wurde in der Geschichtswissenschaft/Sozialwissenschaft gelegentlich dementiert, dass Ruth Fischer die Rede jemals oder dem Wortlaut getreu gehalten haben soll. Dass sie selbst oder Mitglieder der KPD sich nicht gegen die Veröffentlichungen des *Vorwärts* aussprachen, die auf einem Bericht des Kommunisten Franz Pfemfert beruhten, spricht gegen diese Theorie.

126 Zitiert nach Silberner, Edmund, *Kommunisten zur Judenfrage. Zur Geschichte von Theorie und Praxis des Kommunismus*, Opladen 1983, S. 268. Hervorhebungen im Original.

127 Das erste Mal tauchte diese These bei Flechtheim auf. Siehe dazu Flechtheim, Die KPD.

128 Kistenmacher, Olaf, Vom »Judas« zum »Judenkapital«. Antisemitische Denkformen in der Kommunistischen Partei Deutschlands der Weimarer Republik 1918-1933, in: Brosch, Matthias/Elm, Michael/Geißler, Normal (Hg.), *Exklusive Solidarität – Linker Antisemitismus in Deutschland*, Berlin 2007, S. 69–86, hier S. 72-73.

stilisierte sie das »Judenkapital« zum zweiten größten Feind der Kommunisten, neben den Nationalsozialisten.<sup>129</sup> So sah sie das Ziel in einem vereinten deutschen Proletariat, zu dem sie auch die völkischen Studenten zählte. Das politische Manöver sollte ihr nicht gelingen: direkt nach ihrem Auftritt wurde Ruth Fischer von den Studenten antisemitisch angefeindet. Ralf Hoffrogge sieht daher in Fischers Rede eine misslungene Provokation, die unter anderem darauf abgezielt habe, eine »Entlarvung des antisemitischen Diskurses« zu leisten.<sup>130</sup> Neben Ruth Fischer und Karl Radek suchte unter anderem Hermann Remmele Nähe zu völkischen Kreisen. So sprach er beispielsweise als Redner auf einer Versammlung der NSDAP und auch Heinrich Brandler, Parteivorsitzender im Jahr 1923, bediente sich ihres Jargons, indem er in der *Roten Fahne* von einem »verjudeten Finanzkapital« sprach.<sup>131</sup>

Grundsätzlich scheint die KPD im Frühjahr 1923 die »ideologische Modernisierung«<sup>132</sup> der rechten, antidemokratischen Parteien und Bündnisse unterschätzt zu haben. Die dabei lang vertretene Annahme, der Schlageter-Kurs sei zwar innerparteilich auf wenig Gegenliebe gestoßen aber größtenteils widerspruchslos hingenommen bis aktiv gefordert worden, hat sich in den vergangenen Jahren gewandelt. Besonders konzise legt Ralf Hoffrogge in einem neueren Aufsatz dar, wie der linke KPD-Flügel im Jahr 1923 Kritik an der Annäherung an national-revolutionäre Kreise übte.<sup>133</sup> Besonders aktiv in der Bekämpfung zeigte sich die eher intellektuell-geprägte Berliner-KPD zu der unter anderem auch Ruth Fischer gehörte. Sie selbst war in den Monaten vor ihrem Auftritt auf der Studentenversammlung noch in die Opposition zum Schlageter-Kurs gegangen.<sup>134</sup> Zu dieser Zeit fuhr sie mit Werner Scholem in das besetzte Ruhrgebiet und sprach sich auf dem Parteitag der KPD-Rheinland Nord für revolutionäre Politik aus. Heinrich Brandler reagierte alarmiert auf den beginnenden innerparteilichen Kampf und forderte Ruth Fischer und Werner Scholem erfolglos dazu auf, sich dem Schlageter-Kurs anzuschließen. Fischer

129 Ebenda, S. 75–76.

130 Hoffrogge, Ralf, Der Sommer des Nationalbolschewismus. Die Stellung der KPD-Linken zum Ruhrkampf und ihre Kritik am »Schlageter-Kurs« von 1923, in: Sozial.Geschichte Online 20 (2017), S. 99–147, hier S. 106.

131 Kistenmacher, Olaf, »Gegen den Geist des Sozialismus« – Anarchistische und kommunistische Kritik der Judenfeindschaft in der KPD zur Zeit der Weimarer Republik, Freiburg/Wien, 2023, S. 30.

132 Hoffrogge, Sommer des Nationalbolschewismus, S. 110.

133 Ebenda.

134 Ebenda, S. 106.

und Scholem blieben beständig und erhielten unter anderem Unterstützung von Fischers Lebensgefährten Arkadi Maslow. Er warnte seine Parteigenoss:innen davor, dass der Ruhrkampf und die Ruhrkrise die rechten Parteien spürbar stärken würden und warb für ein radikaleres Wirtschaftsprogramm, um Hitler und den Nationalsozialisten etwas effektiveres entgegensetzen zu können, als die »sozialdemokratisierten« Teilverstaatlichungen.<sup>135</sup> Auch Max Hesse, der ein paar Monate später eine tragende Rolle bei den Oktoberaufständen spielen sollte, schrieb an Moskau und beschwerte sich darüber, dass man Graf Reventlow in der *Roten Fahne* publizieren ließ.<sup>136</sup> Mit der Zeit öffnete sich nicht nur die KPD immer mehr dem rechten Lager, auch Ruth Fischer schien einzulenken. Das geschah aber, so Hoffrogge, nicht aus dem Ziel heraus, eine Zusammenarbeit anzustreben, vielmehr erhoffte sich die Parteizentrale »in einem abenteuerlichen Manöver [...] das nachrechts driftende Kleinbürgertum zu gewinnen oder zumindest zu spalten«.<sup>137</sup> Der Schlageter-Kurs wurde so zu einer Taktik, einem Versuch, die erstarkende Rechte zu schwächen oder insofern zu absorbieren, als dass sie etwas von ihrer machtpolitischen Bedrohung verlor. Dabei schreckten weder die rechts-geleitete Parteizentrale, noch Teile ihrer Linksopposition davor zurück, sich zu diesem Zwecke deutsch-nationale und völkisch-nationalistische Sprache und Rhetorik zu eigen zu machen und die eigenen Werte hintenanzustellen. Für Juden und Jüdinnen in der KPD stellte der Schlageter-Kurs allerdings kaum eine Zäsur dar. Wie neueste Forschung zum Antisemitismus in der KPD zeigt, gehörte subtile und latente, bis offene Judenfeindlichkeit zum Alltag in der Partei.<sup>138</sup>

In der Vergangenheit wurde vor allem »taktischen Gründen« genannt, um zu erklären, dass die KPD ihre »jüdischen Mitglieder aus repräsentativen Positionen mehr oder weniger auszuschalten« versuchte.<sup>139</sup> So attestierte man der Partei eine Verharmlosung des Antisemitismus in den eigenen Reihen, den man, obwohl man ihn theoretisch und ideologisch nicht förderte, auch nicht aktiv bekämpfte.<sup>140</sup> Diese Indifferenz gegenüber dem parteiinternen Judenhass lässt sich besonders gut während der Schlageter-Monate im Sommer 1923

135 Ebenda, S. 124–125.

136 Ebenda, S. 134.

137 Ebenda, S. 130.

138 Kistenmacher, *Anarchistische und kommunistische Kritik*.

139 Silberner, *Kommunisten zur Judenfrage*, S. 165.

140 Ebenda, S. 271.

beobachten. Wenn Karl Radek in seinen Diskussionen mit Grafen zu Reventlow in der *Roten Fahne* skandierte »die deutschen Großindustriellen würden ›mit den jüdischen Kapitalisten zusammen Deutschland beherrschen.«<sup>141</sup> und die Redaktion der Roten Fahne dem Berliner Polizeipräsidenten Bernhard Weiß Ende 1923 fälschlicherweise den Vornamen »Isidor« zuwies.<sup>142</sup> geschah das nicht ohne innerparteiliche Kritik. Besonders deutlich wurde diese durch Werner Scholem vorgetragen, seine und die Kritik anderer – vor allem jüdischer – Kommunist:innen wurde aber nicht entsprechend gehört. Stattdessen verortete man den Antisemitismus, der sich primär gegen eine vermeintliche wirtschaftliche und klandestine Übermacht richtete, je nach Umstand innerparteilich entweder als einen Auswuchs des Kapitalismus oder eine Form des Antikapitalismus. Eine gleiche, dem radikalen Antisemitismus somit gewissermaßen fast wohlwollende, Haltung legte man auch 1923 den völkisch-nationalistischen und national-revolutionären Gruppen gegenüber an den Tag.

Auch als die KAPD unter Laufenberg und Wolffheim offen antisemitisch gegen den KPD-Parteivorsitzenden Paul Levi hetzte, entschied man sich dazu, die Aussagen nicht zu kommentieren.<sup>143</sup> Seinen Höhepunkt fand der Antisemitismus innerhalb der KPD sicher mit dem Pogrom im Berliner Scheunenviertel, im November 1923. Dort hatten vor allem linke Kräfte<sup>144</sup> Läden und Wohnungen geplündert sowie Jüdinnen und Juden angegriffen. Die KPD brachte daraufhin zum Jahresbeginn 1924 ein *Referentenmaterial über das Berliner Judenpogrom und unsere Stellung zum Antisemitismus* vom heraus, indem »die KPD in einer nachträglichen Analyse nicht nur die antisemitische Gewalt verurteilte, sondern ihre Mitglieder zugleich dazu ermahnte, nicht zu ›Beschützern des jüdischen Kapitalismus« zu werden.«<sup>145</sup>

Die mitunter auch judenfeindlichen Agitationen der KPD im Rahmen der Schlageter-Taktik und dem Ruhrkampf stellten also nicht die ersten innerparteilichen antisemitischen Ausfälle dar. Der Antisemitismus schwoll während des Schlageter-Kurses an; der *in nuce* eine beinahe explosive Gemengelage von strategischer und verbaler Annäherung an Rechtsextreme, dem verzweifelten

141 Kistenmacher, *Anarchistische und kommunistische Kritik*, S. 31.

142 Ebenda, S. 22–23.

143 Ebenda, S. 24–27.

144 Walter, Dirk, *Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik*, Bonn 1999, S. 154.

145 Kistenmacher, *Anarchistische und kommunistische Kritik*, S. 42–43.

Versuch diese – deren Erstarken man als Bedrohung wahrnahm – zu schwächen, dem innerparteilichen Drängen auf Revolution und dem populistischen Ausschachten einer gesellschaftspolitischen Stimmung. Wie ziellos die KPD in den Schlageter-Monaten des Jahres 1923 versuchte, vor allem den radikalen Rändern der Gesellschaft Unterstützer:innen für den Kampf gegen den »internationalen Kapitalismus« zu finden zeigt sich beispielhaft auch an einer Ausgabe der Weißen Fahne – Kommunistisches Organ für Nationalkommunismus. Dort ließ man 1923 den politisch radikalen Verkünder der Apokalypse Louis Hauesser Artikel veröffentlichen, in denen er sich gegenüber Adolf Hitler als einzig wahren Volksrepräsentanten stilisierte, welcher die Weimarer Republik vom Kapitalismus befreien könne.<sup>146</sup>

## Das Ende der Geschichte? Ein Ausblick

Mit der als *Stalinisierung* bezeichneten Ausrichtung der KPD an sowjetisch-bolschewistischen Strategien und dem Wechsel des politischen Personals auf fast allen Ebenen, geriet der rechte Flügel zunehmend ins innerparteiliche Abseits. Sie wurden entweder ausgeschlossen, verließen die Partei oder formierten sich als »rechte Opposition« vorsichtig neu.

Es ist deutlich geworden, dass es sich bei dem rechten Flügel der KPD um eine Gruppe handelte, die größtenteils vom Vorkriegs-Sozialismus und der Spaltung der SPD geprägt waren. Zu ihnen gehörten neben Anhänger:innen des Nationalkommunismus und -bolschewismus auch »Versöhnler:innen« und Einheitsfrontler:innen. Sie versuchten in den Richtungskämpfen der jungen KPD vor 1924 Strategien zu entwickeln, die Arbeiter:innen, die sich vermeintlich auf einem Irrweg befanden, zum Kommunismus »zu bekehren«. Einige von ihnen suchten das Proletariat in anderen politischen Lagern und gingen dafür mit völkisch-nationalistischen und radikal rechten Gruppierungen in den Dialog. Die Strategien und Taktiken dazu wechselten je nach Besetzung der Parteizentrale und wurden in einigen wenigen Bereichen auch von Linken in der KPD übernommen. Besonders präsent und aktiv waren die Rechten im Krisenjahr 1923, das gleichzeitig ihre innerparteiliche Bedeutungslosigkeit zur Folge hatte. Mit der KPD-Opposition (KPD-O) ab 1928 tauchten alte rechte Funktionäre und ihre Ideen, Ideale und Strategien

---

146 Stark, Leonard, Weiße Fahne. Organ für National-Kommunismus, Heilbronn/Berlin 1923.

erneut auf.<sup>147</sup> Außerhalb der KPD traten beispielsweise mit dem Tat-Kreis auch andere Grenzgänger auf, die mit Gemengelagen von linken und rechten Radikalismen gegen die Weimarer Republik, Juden und Jüdinnen und den Kapitalismus agitierten.<sup>148</sup> Mit der Ausrichtung entlang der Sozialfaschismusthese verabschiedete die KPD sich endgültig von einem Zusammengehen mit Teilen der SPD.

Grundsätzlich scheint aber in dem hier betrachteten Zeitraum eine hohe Anschlussfähigkeit für die Ideen und Programmatiken der rechten Kommunist:innen vorzuliegen. Um dies abschließend feststellen zu können, wäre allerdings eine nähere Betrachtung der Parteibasis vonnöten. Da beispielsweise die Einheitsfront stets auch eine Auslegungssache darstellte, könnte es sich lohnen, diesbezügliche Einstellungen, Perspektiven und Umsetzungsversuche von KPD-Politiker:innen aus Hochburgen wie Solingen auszuwerten. Gleiches gilt auch für die Schlagetertaktik, deren Betrachtung sicher auch von einer feministischen Perspektive profitieren würde. Wie reagierten insbesondere Kommunistinnen auf die Annäherung an völkische Kreise, die ihre Rechte negierten? Wie gingen sie damit um, dass Werte die für ihren Emanzipationsraum essentiell waren, zur politischen Agitation hintenangestellt wurden? Das wird besonders vor dem Hintergrund interessant, dass die rechten Gruppierungen der KPD scheinbar verstärkt Zulauf erhielten. Es stellt sich also auch die Frage, wie attraktiv deren Konzepte für die Basis der Partei waren, wie viel Zulauf und Zuspruch sie tatsächlich erhielten und wie Anhänger:innen dann auf das Jahr 1924 reagierten. Ferner wäre es von Interesse wie hetero- oder homogen die Gruppe der Rechten in der KPD war, wie sie sich zusammensetzte und ob und wenn ja, wie Diskurse verhandelt wurden – außerhalb der Wortführer liegen noch große Teile der Anhängerschaft im Dunklen. An dieser Stelle könnte dann auch die Umsetzung von Konzepten wie der Einheitsfront oder der Schlagetertaktik besser nachvollzogen werden. Auch hinsichtlich der Sozialfaschismusthese und deren Durchschlagkraft in der Parteibasis könnte diese Betrachtung neue Erkenntnisse zutage fördern.

---

147 Fritz, Bernd Dieter, Die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft (KAG) im Vergleich mit der KPO und SAP, Bonn 1966.

148 Siehe zum Tat-Kreis und dessen Publikationen als Amalgam rechter sowie linker extremer Ideologien und Programmatiken im gleichnamigen Presseorgan vorrangig Hanke, Edith/Hübinger, Gangolf, Von der »Tat«-Gemeinde zum »Tat«-Kreis. Die Entwicklung einer Kulturzeitschrift, München 1996.

Dankenswerterweise hat sich seit der Abkehr von der Gegnerforschung am deutschen Kommunismus eine Trendwende – damit auch weg vom unweigerlichen Scheitern des deutschen Kommunismus und der Weimarer Republik – eingestellt. Die KPD und ihre Anhänger:innen werden seit dem Ende der 1990er Jahre auch durch Lokal- und Regionalstudien differenzierter und indeterministischer untersucht. Es wäre wünschenswert, dass auch der rechte Flügel der Kommunistischen Partei Deutschlands flächendeckend Teil dieser Forschung wird.

